



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am  
28.10.2020**

***öffentlich***

---

**Ort:** Georg-Friedrich-Händel-Halle,  
Salzgrafenplatz 1,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 14:00 Uhr bis 20:50 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## Anwesend waren:

### **Mitglieder**

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates
Dr. Bernd Wiegand	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Oberbürgermeister
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Teilnahme ab 14.05 Uhr
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Steve Mämecke	Teilnahme ab 17.24 Uhr
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	Teilnahme ab 14.10 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jan Döring	Teilnahme ab 14.10 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Teilnahme ab 14.22 Uhr
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rebecca Plassa	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Andreas Heinrich	Teilnahme bis 20.11 Uhr
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Tom Wolter	Teilnahme bis 19.34 Uhr
Dr. Silke Burkert	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Eric Eigendorf  
Johannes Krause  
Kay Senius  
Sören Steinke  
Dr. Martin Ernst  
Beate Gellert  
Andreas Wels  
Yana Mark

Johannes Menke  
Gernot Nette

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
Fraktion Hauptsache Halle  
Fraktion Hauptsache Halle  
Fraktion Hauptsache Halle  
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von  
Halle (Saale)  
Stadtrat  
Stadtrat  
Teilnahme ab 14.10 Uhr

### **Verwaltung**

Egbert Geier  
René Rebenstorf

Dr. Judith Marquardt  
Katharina Brederlow  
Sabine Ernst  
Marco Schreyer  
Lars Loebner  
Maik Stehle

Beigeordneter für Finanzen und Personal  
Beigeordneter für Stadtentwicklung und  
Umwelt  
Beigeordnete für Kultur und Sport  
Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters  
Leiter des Fachbereichs Recht  
Leiter des Fachbereichs Planen  
Protokollführer

### **Entschuldigt fehlten:**

Josephine Jahn  
Christoph Bernstiel  
Yvonne Winkler  
Dr. Sven Thomas  
Torsten Schaper

Olaf Schöder

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)  
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
Fraktion MitBürger & Die PARTEI  
Fraktion Hauptsache Halle  
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von  
Halle (Saale)  
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von  
Halle (Saale)

**zu Einwohnerfragestunde**

---

**Frau Müller** eröffnete die Einwohnerfragestunde.

**zu Herr Gransee zum Verkehrskonzept Kröllwitz**

---

**Herr Gransee** fragte:

1. Auf welcher Grundlage beruht die Aussage, dass das zukünftige Verkehrsaufkommen zu bewältigen wäre?
2. Wann wird das Verkehrskonzept Kröllwitz vorgelegt?
3. Ist das Projekt Wildentenweg und das aufkommende Verkehrsaufkommen vertretbar?
4. Warum ist der grundhafte Ausbau des Wildentenwegs in der Beschlussvorlage zum Bebauungsplan nicht enthalten?

**Herr Rebenstorf** sagte, dass es in der heutigen Sitzung um den Aufstellungsbeschluss geht, welcher ein formales Planverfahren einleitet, in dem alle Fragen geprüft und geklärt werden können. Er antwortete wie folgt:

1. Das Verkehrskonzept Kröllwitz beruht auf Voruntersuchungen.
2. Dieses wurde auf der zweiten Zukunftswerkstatt vorgestellt.
3. Das Konzept für den Wildentenweg ist vertretbar.
4. Es gibt eine Übereinkunft mit dem Investor, dass der Wildentenweg angrenzend an die Siedlung ausgebaut wird.

**zu Frau Runde zum Bebauungsplan Nr. 188**

---

**Frau Runde** fragte:

1. Warum ist keine Wiederaufforstung erfolgt, so wie es im § 10 Waldgesetz LSA nach dem Orkan 2015 gefordert wurde?
2. Kann von einer Verhältnismäßigkeit ausgegangen werden, wenn für nur vier Villen ein gewachsener Wald umgesetzt wird und wie kann dies mit dem öffentlichen Interesse begründet werden?
3. Wer trägt die Kosten für die Umsetzung des Waldes sowie für die Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen? Was wird am Ende tatsächlich gepflanzt und wie lange benötigt ein Baum für die entsprechende Größe?
4. Ist bei der vorhandenen Wohnstruktur im Plangebiet davon auszugehen, dass ein standhafter Wald entstehen kann (ausreichender Wurzelraum ist nicht vorhanden, da die Bäume auf Felsenstruktur wachsen würden)? Was geschieht mit dem städtischen Waldstück?

**Herr Rebenstorf** antwortete wie folgt:

1. Der Investor hat gefragt, ob diese Flächen mit in den Bebauungsplan aufgenommen werden können. Dem wurde letztlich zugestimmt, auch vor dem Hintergrund, dass an einer anderen geeigneten Stelle im Landschaftsschutzgebiet ein Waldausgleich

- geschaffen werden kann, dies im Verhältnis 1:2.
2. Ja, da der Wald in doppelter Fläche im Einzugsbereich ersetzt wird.
  3. Die Kosten trägt der Investor. Die vier Gebäude entstehen nur in den Bereichen, wo schon Kahlstellen vorherrschen, sodass der verbleibende Eingriff minimal ist. Es werden nicht für die gesamte Fläche Bäume gerodet, die sind durch den Sturm bereits verloren gegangen.
  4. Es gibt Abstimmungen mit der Unteren Naturschutzbehörde, die geeignete Orte auswählen, sodass Setzlinge anwachsen können.

**zu Frau Schubert zum Bebauungsplan Nr. 188**

---

**Frau Schubert fragte:**

1. Was wurde zur Familienverträglichkeit geprüft?
2. Wie sollen die Kinder des Blesshuhnwegs und des Wildentenwegs gefahrlos und sicher ihren Schulweg absolvieren, wenn dafür keine ausreichenden Schutzmaßnahmen vorgesehen sind?
3. Wie passen Grundstückspreise von 300 Euro pro Quadratmeter, wenn ein Haus drauf steht 500 Euro pro Quadratmeter, für junge Familien mit Familienverträglichkeit zusammen?

**Herr Rebenstorf antwortete:**

1. Die Familienverträglichkeit wird Geschäftsbereichs-übergreifend geprüft. Familienverträglich in dem Sinne bedeutet u.a., dass es in der Stadt ein Defizit an Bauflächen gibt und junge Familien in den Saalekreis abwandern. Daher ist die Maßnahme Familienverträglich, wenn dadurch Familien in der Stadt gehalten werden.
2. Der Stellplatznachweis wird auf dem eigenen Grundstück erfolgen. Für zusätzliche Besucherparkplätze werden im öffentlichen Raum Flächen vorgehalten. Es wird ein geordnetes Parken geben. Ein Stück des Wildentenwegs bis zur Lettiner Straße wird ausgebaut, sodass ordentliche Verkehrsanlagen vorherrschen werden.
3. Für Halle in der Größe und Lage ist es ein angemessener Preis.

**zu Frau Langguth zum Bebauungsplan Nr. 188**

---

**Frau Langguth fragte:**

1. Welche Änderungen gibt es zur Beschlussvorlage von 2016, da die Erschließung des Plangebietes nunmehr keine finanziellen Auswirkungen für die Stadt mehr hat?
2. Fallen zukünftig keine Kosten mehr für den Unterhalt der Straße an, wie beispielsweise für Straßenbeleuchtung oder Entwässerung?
3. Im Bereich Wildentenweg zwischen Äußerer Lettiner Straße und Einmündung Wildentenweg wird eine Fahrbahnentwässerung geschaffen. Stellt dies nach Baugesetzbuch nicht die Herstellung einer Teileinrichtung einer öffentlichen Straße dar, welche einen Straßenausbaubeitrag begründet? Sind anfallenden Straßenausbaubeiträge seit 01.01.2020 in Sachsen-Anhalt nicht allein durch die Kommunen zu tragen?
4. Entstehen durch den Ausbau des Wildentenwegs nicht mittelfristig Kosten für die Stadt? Trägt die Stadt die Kosten zum Erhalt der Ausgleichsflächen?

5. Welche Erlöse sind durch den Verkauf der städtischen Flächen zu erwarten?

**Herr Rebenstorf** antwortete:

1. Der Investor trägt die Kosten für den Ausbau von der Lettiner Straße, dem Wildentenweg bis in das Quartier hinein.
2. Ein Teil wird später als öffentliche Mischverkehrsfläche an die Stadt übertragen.
3. Ja, es stellt eine Teileinrichtung einer öffentlichen Straße dar. Der Investor stellt dies auf eigene Kosten her.
4. Der Investor ist verpflichtet, die Anpflanzungen so weit zu bringen, wie dies mit der Unteren Naturschutzbehörde im Vorfeld vereinbart wird. Erst wenn die Bäume wirklich gut angewachsen und überlebensfähig sind, werden diese von der Stadt übernommen.
5. Diese Frage kann nicht beantwortet werden, da sie in die Zuständigkeit eines anderen Geschäftsbereiches fällt.

**Herr Loebner** ergänzte, dass die neuen Straßen öffentlich-rechtlich gewidmet werden und nach Straßengesetz LSA dann die Kommune für die Erhaltung und Unterhaltung zuständig ist.

zu **Frau Beck zum Bebauungsplan Nr. 188**

---

**Frau Beck** fragte:

1. Warum negiert man das Erfordernis einer fachgerechten Erschließung im Planbereich zumal es sich hier um eine alte Insellösung im Außenbereich handelt?
2. Wie erfolgt die Erschließung des Baugebietes an das öffentliche Straßennetz in Kröllwitz und wer trägt diese Kosten?
3. Wer trägt die Kosten der Instandsetzung der anliegenden Straßen nach Abschluss der geplanten Baumaßnahmen durch massiven Schwerlastverkehr?

**Herr Rebenstorf** sagte, dass sämtliche Fragen im Bebauungsplanverfahren zu klären sind. Heute geht es um den Aufstellungsbeschluss, der ein solches formales Verfahren einleitet.

Die Fragen wurden bereits durch die Vorredner gestellt und beantwortet.

zu **Herr Dr. Matzel zum Bebauungsplan Nr. 188**

---

**Herr Dr. Matzel** fragte:

1. Warum wird im Aufstellungsbeschluss nicht der Erhalt der Biotope (Flurstück 30/1 und 37/3) als Auflage definiert?
2. Wie kann es gelingen diese nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz geschützten Biotope zu erhalten?
3. Unter Bezug auf § 30 Bundesnaturschutzgesetz ist der Umgang mit Biotopen vor dem Aufstellungsbeschluss zu klären. Diese Entscheidung steht noch aus. Demzufolge kann über den Aufstellungsbeschluss heute nicht entschieden werden. Kann dies bestätigt werden?

**Herr Loebner** antwortete, dass all die aufgeworfenen Fragen Gegenstand des Bauleitplanverfahrens als Gesamtprozess sind. Der Aufstellungsbeschluss legt die allgemeinen Ziele fest, d.h. im Wesentlichen die Ausweisung von Wohnbauland und die notwendige Erschließung. Alle heute vorgetragenen Fragen sind im Bauleitplanverfahren zu klären und Konflikte zu lösen. Sonst kann kein Satzungsbeschluss herbeigeführt werden. Insofern werden alle Fragen um vorhandene Biotope entsprechend geklärt.

zu **Frau Kuhwald zum Bebauungsplan Nr. 188**

---

**Frau Kuhwald** fragte:

1. Wann wird ein Verkehrskonzept für den Stadtteil Kröllwitz vorgelegt?
2. Wie passt der Aufstellungsbeschluss zur Bebauung des Wildentenwegs mit umfangreichen Baumfällungen, der Vernichtung zweier Biotope und massiven Oberflächenversiegelungen mit der Übernahme der Forderungen von Fridays for Future überein?
3. Im Protokoll vom 25.09.2012 zu einem möglichen Bebauungsplan im Wildentenweg wird von Seiten der Stadt erklärt, dass ein Aufstellungsbeschluss nicht gegen den ausdrücklich objektiv begründeten Willen der Grundstücksbesitzer verfasst wird. Gilt diese Zusage heute nicht mehr?

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass der Wildentenweg auf der Nordwestseite nur noch auf einer Seite bebaut wird und deutlich von der Grenze des Landschaftsschutzgebietes weggerückt wird. Er verwies auf das Bebauungsplanverfahren.

zu **Herr Dr. Geyer zum Bebauungsplan Nr. 188**

---

**Herr Geyer** fragte:

1. Wie soll die Ableitung des Niederschlagwassers und eine lokale Versickerung erfolgen? Wer trägt dafür die Kosten?
2. Wer trägt die Kosten für die Erosionsschäden, die jährlich an der Straße, wenn das Wasser runterrauscht, auftritt?

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass all diese Fragen im Bebauungsplanverfahren geklärt werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bedankte sich bei den Einwohnerinnen und Einwohnern für die Fragen. Er sagte, dass bereits vor zwei Jahren eine Investorenanfrage zur Erschließung eines neuen Bebauungsgebietes vorgelegt wurde. In vielen Bürgerversammlungen wurde versucht, einen Kompromiss zu erzielen. Ein Kompromiss, dass überhaupt mit der Aufstellung begonnen werden kann. Die Stadt Halle (Saale) sollte die Möglichkeit der Weiterentwicklung haben, auch um die begrenzten Flächen für neue Bewohner attraktiv zu machen.

**Frau Müller** beendete die Einwohnerfragestunde.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 49 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (85,96%) fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Müller** schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

### **TOP 7.2**

Konzeption für eine weitestgehend autofreie Altstadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2020/01754

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **im Planungsausschuss vertagt**

### **TOP 8.2**

Antrag der CDU-Fraktion zum Amtsblatt der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2020/01035

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

**Frau Müller** machte auf folgende Dringlichkeiten aufmerksam:

Grundsatzbeschluss – Sanierung der Hauptsporthalle am Bildungszentrum, Am Stadion 8, in 06122 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"

Vorlage: VII/2020/01859

**Herr Heinrich** bat um Erläuterung der Dringlichkeit.

**Frau Dr. Marquardt** sagte, dass bezüglich der beiden Grundsatzbeschlüsse ein Stadtratsbeschluss nötig ist, um entsprechende Fördermittelanträge stellen zu können. Die Antragsstellung ist bis zum 30.10.2020 möglich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Vorlage: VII/2020/01859

**einstimmig zugestimmt**

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 7.15



Grundsatzbeschluss – Innensanierung von Teilbereichen im Peißnitzhaus,  
Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-,  
Jugend- und Kultureinrichtungen"  
Vorlage: VII/2020/01855

**Abstimmungsergebnis:**

Vorlage: VII/2020/01855

**einstimmig zugestimmt**

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 7.16

Berufung der beratenden Mitglieder des Behindertenbeirates der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01868

**Abstimmungsergebnis:**

Vorlage: VII/2020/01868

**einstimmig zugestimmt**

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 7.17

Beendigung der Fördervereinbarungen Sportparadies Böllberger Weg  
Vorlage: VII/2020/01869

**Frau Mark** bat um Erläuterung der Dringlichkeit.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass der Investor am 13.10.2020 der Verwaltung mitgeteilt habe, sämtliche Fördermittel zurückzugeben. Die Rückzahlung ist mittlerweile erfolgt. Derzeit werden die noch ausstehenden Zinsen ermittelt. Der Aufwand ist auch für den Investor gering zu halten. Daher die vorliegende Dringlichkeit.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Vorlage: VII/2020/01869

**einstimmig zugestimmt**

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 7.18

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen  
Zuwendungen

Vorlage: VII/2020/01895

**Abstimmungsergebnis:**

Vorlage: VII/2020/01895

**einstimmig zugestimmt**

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 7.19

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners  
Vorlage: VII/2020/01903

**Abstimmungsergebnis:**

Vorlage: VII/2020/01903

**einstimmig zugestimmt**

mit 2/3 Mehrheit

Behandlung unter TOP 9.18

**Frau Müller** machte auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

**TOP 7.5**

Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2019/00059

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) vor, Behandlung unter TOP 7.5.1**
- ➔ **hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag des Stadtrates Christoph Bernstiel vor, Behandlung unter TOP 7.5.2**

**TOP 7.9**

Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr 2021

Vorlage: VII/2020/01466

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, Behandlung unter TOP 7.9.1**

**TOP 7.10**

Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg – Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VII/2020/01505

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBürger&DiePartei vor, Behandlung unter TOP 7.10.1**
- ➔ **hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Christoph Bergner vor, Behandlung unter TOP 7.10.2**

**TOP 9.1**

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Nur die Liebe zählt. Und manchmal auch der Korrosionsschutz"

Vorlage: VII/2020/01809

- ➔ **Beschlussvorschlag geändert**

**TOP 9.2**

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Autofreier Tag im Jahr 2021 in Halle (Saale)"

Vorlage: VII/2020/01811

- ➔ **Beschlussvorschlag geändert**

**TOP 9.5**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Die MitBürger & Die PARTEI, SPD und DIE LINKE zur Neuausrichtung des Präventionsrates der Stadt Halle

Vorlage: VII/2020/01761

- ➔ **Beschlussvorschlag geändert**

#### **TOP 9.14**

Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung der Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

Vorlage: VII/2020/01844

➔ **Beschlussvorschlag geändert**

**Frau Dr. Wünscher** fragte, ob der Tagesordnungspunkt 7.5 behandelt werden kann, da der gestrige Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Stadtentwicklung nicht stattfand und die vorliegenden Änderungsanträge noch nicht beraten wurden.

**Frau Ernst** sagte, dass die Vorlage im genannten Ausschuss in erster Lesung vorberaten wurde. Die entsprechenden Änderungsanträge können in heutiger Sitzung beraten werden.

**Herr Nette** beantragte die Vertagung der Tagesordnungspunkte 8.3 und 8.4, da die Antragsteller nicht zur Vorberatung zu den Ausschusssitzungen eingeladen wurden.

**Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

**Frau Müller** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.09.2020
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.09.2020  
Vorlage: VII/2020/01880
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Nachtragshaushaltssatzung 2020  
Vorlage: VII/2020/01741
- 7.2. Konzeption für eine weitestgehend autofreie Altstadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01754

**vertagt**

- 7.2.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Konzeption für eine weitestgehend autofreie Altstadt Halle (Saale) – Vorlagen-Nummer: VII/2020/01754  
Vorlage: VII/2020/01854 **vertagt**
- 7.3. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien  
Vorlage: VII/2020/01769
- 7.4. Zustimmung zur Annahme des Werbe- und Sponsoringvertrages mit der Saalesparkasse Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01711
- 7.5. Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2019/00059
- 7.5.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01900
- 7.5.2. Änderungsantrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01901
- 7.6. Baubeschluss Umgestaltung und Neuverlegung des Brödelgrabens, Stadtteil Dölau und Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Bauen  
Vorlage: VII/2020/01524
- 7.7. Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am Straßenbahnersatzneukauf der HAVAG  
Vorlage: VII/2020/01539
- 7.8. Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01416
- 7.9. Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr 2021  
Vorlage: VII/2020/01466
- 7.9.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr 2021" (VII/2020/01466)  
Vorlage: VII/2020/01904
- 7.10. Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VII/2020/01505
- 7.10.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg – Aufstellungsbeschluss (VII/2020/01505)  
Vorlage: VII/2020/01896
- 7.10.2. Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Christoph Bergner (CDU-Fraktion) zum Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg - Aufstellungsbeschluss VII/2020/01505

Vorlage: VII/2020/01910

- 7.11. 2. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 29.10.2014 in der Fassung der 1. Änderungssatzung  
Vorlage: VII/2020/01662
- 7.12. Änderung des Baubeschluss EFRE-Radweg Nordstraße zwischen dem Stadtteil Halle/Lettin und der Dölauer Straße vom 27.11.2019 (Vorlagen-Nummer: VII/2019/00068)  
Vorlage: VII/2020/01710
- 7.13. 1. Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) - (Sportförderrichtlinie)  
Vorlage: VII/2020/01583
- 7.14. Siebte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01563
- 7.15. Grundsatzbeschluss – Sanierung der Hauptsporthalle am Bildungszentrum, Am Stadion 8, in 06122 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"  
Vorlage: VII/2020/01859
- 7.16. Grundsatzbeschluss – Innensanierung von Teilbereichen im Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"  
Vorlage: VII/2020/01855
- 7.17. Beendigung der Fördervereinbarungen Sportparadies Böllberger Weg  
Vorlage: VII/2020/01869
- 7.18. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen  
Vorlage: VII/2020/01895
- 7.19. Berufung der beratenden Mitglieder des Behindertenbeirates der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01868
8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung von Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe sowie weitere Gewerbetreibende und Dienste aus der Gesundheitsbranche  
Vorlage: VII/2020/01262  
-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-
- 8.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Amtsblatt der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01035 **vertagt**
- 8.3. Antrag der Stadträte Johannes Menke (FREIE WÄHLER) und Gernot Nette (FREIE WÄHLER) zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Bewässerung von Bäumen  
Vorlage: VII/2020/01457
- 8.4. Antrag der Stadträte Gernot Nette und Johannes Menke zur Reduzierung der

Lichtverschmutzung in Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01607

9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Nur die Liebe zählt. Und manchmal auch der Korrosionsschutz"  
Vorlage: VII/2020/01809
- 9.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Autofreier Tag im Jahr 2021 in Halle (Saale)"  
Vorlage: VII/2020/01811
- 9.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für die Scheibe C  
Vorlage: VII/2020/01818
- 9.4. Antrag der CDU-Fraktion zur Anpassung der Hauptsatzung hinsichtlich der Gebietsnamen im amtlichen Stadtplan  
Vorlage: VII/2020/01793
- 9.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Die MitBürger & Die PARTEI, SPD und DIE LINKE zur Neuausrichtung des Präventionsrates der Stadt Halle  
Vorlage: VII/2020/01761
- 9.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Bestellung eines Mitgliedes des Stiftungsrates der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale  
Vorlage: VII/2020/01821
- 9.7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten  
Vorlage: VII/2020/01825
- 9.8. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU für einen Masterplan "Saubere Saale"  
Vorlage: VII/2020/01827
- 9.9. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung des Missbrauches der Gebäudefassade und der Grundstückseinfriedung des „Reil78“ zu Propagandazwecken  
Vorlage: VII/2020/01779
- 9.10. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Ausschilderung sanitärer Anlagen an ÖPNV-Haltesstellen  
Vorlage: VII/2020/01780
- 9.11. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes an Straßenbahnhaltestellen durch eine Erhöhung des Verglasungsanteils der Geländer  
Vorlage: VII/2020/01781
- 9.12. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung der Planung einer weitgehend autofreien Altstadt  
Vorlage: VII/2020/01782
- 9.13. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Förderung für

extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle  
Vorlage: VII/2020/01783

- 9.14. Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung der Kastrationspflicht für Freigängerkatzen  
Vorlage: VII/2020/01844
- 9.15. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung einer öffentlichen Freiluft-Tanzfläche  
Vorlage: VII/2020/01828
- 9.16. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung einer möglichen Mängelbeseitigung in einer Sporthalle auf dem Sportschulcampus  
Vorlage: VII/2020/01815
- 9.17. Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten  
Vorlage: VII/2020/01826
- 9.18. Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners  
Vorlage: VII/2020/01903
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu häuslicher Gewalt und Hilfesystemen  
Vorlage: VII/2020/01814
- 10.2. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen und zur Gleichberechtigung in der Stadtverwaltung sowie zu Qualifizierungen  
Vorlage: VII/2020/01816
- 10.3. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu öffentlichen Toiletten in Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01817
- 10.4. Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur periodischen Planung nach dem Waldgesetz für die Jahre 2009 -2019)  
Vorlage: VII/2020/01819
- 10.5. Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Coronaausbrüchen an Schulen in Halle  
Vorlage: VII/2020/01820
- 10.6. Anfrage der CDU-Fraktion zur Verteilung des Amtsblattes im Stadtgebiet von Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01797
- 10.7. Anfrage der CDU-Fraktion zur Vermietung und Verpachtung städtischer Immobilien an Vereine, Verbände und vergleichbare Institutionen  
Vorlage: VII/2020/01805
- 10.8. Anfrage der CDU-Fraktion zur Mitgliederentwicklung der freiwilligen Feuerwehr

Vorlage: VII/2020/01806

- 10.9. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Landesinitiative „Insektenwiese“  
Vorlage: VII/2020/01798
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zum Umgang mit dem Ergebnis der Befragung „Wie gut lässt es sich in Dölau leben?“  
Vorlage: VII/2020/01799
- 10.11. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland  
Vorlage: VII/2020/01800
- 10.12. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Abwasserentsorgung in Planena  
Vorlage: VII/2020/01451
- 10.13. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zum Ringdeich Planena  
Vorlage: VII/2020/01450
- 10.14. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu neuen Anforderungen bei Pflanzungen von Bäumen  
Vorlage: VII/2020/01822
- 10.15. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur angekündigten Toilettenkonzeption  
Vorlage: VII/2020/01823
- 10.16. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den EFRE-Radwegen  
Vorlage: VII/2020/01824
- 10.17. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Beschlusses hinsichtlich der Einführung einer Mehrkindfamilienkarte  
Vorlage: VII/2020/01829
- 10.18. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Präventionskonzeptes  
Vorlage: VII/2020/01832
- 10.19. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu illegalem Müll am Alten Kanal in Neustadt  
Vorlage: VII/2020/01677
- 10.20. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zum Umgang der Stadt Halle (Saale) mit dem Reil 78  
Vorlage: VII/2020/01784
- 10.21. Anfrage der AfD- Stadtratsfraktion zu Auswirkungen des Konzeptes „Autoarme Innenstadt“ auf Besucherzahlen, Innenstadthandel, Gastronomie und Kultur  
Vorlage: VII/2020/01785
- 10.22. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Neustrukturierung der Städtebauförderung  
Vorlage: VII/2020/01830



- 10.23. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu gemeldeten Missständen im Wohngebiet Reideburg  
Vorlage: VII/2020/01834
- 10.24. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sanierung des Stadthauses  
Vorlage: VII/2020/01835
- 10.25. Anfrage SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu sozialverträglichen Wohnen in Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01836
- 10.26. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur touristischen Entwicklung in Halle  
Vorlage: VII/2020/01837
- 10.27. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Verkehrsführungen in der Frohen Zukunft in der Dessauer Straße und im Mühlrain  
Vorlage: VII/2020/01838
- 10.28. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude  
Vorlage: VII/2020/01702
- 10.29. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle zur Mülltrennung in städtischen Einrichtungen  
Vorlage: VII/2020/01631
- 10.30. Anfrage der Fraktion Freie Demokraten zu Videokonferenzsystemen  
Vorlage: VII/2020/01671
- 10.31. Anfrage der Fraktion Freie Demokraten zur Barrierefreiheit in der Kommunikation  
Vorlage: VII/2020/01675
- 10.32. Anfrage der Fraktion Freie Demokraten zu Arbeitsabläufen im Gesundheitsamt  
Vorlage: VII/2020/01672
- 10.33. Anfrage der Freien Demokraten (FDP) zu Antriebsmöglichkeiten der Abfallsammel- und Kehrfahrzeuge  
Vorlage: VII/2020/01833
- 10.34. Anfrage der Stadträte Gernot Nette und Johannes Menke zur Umsetzung der „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ (kurz „europäischen Sprachencharta“) durch die Stadt Halle bei der Verwendung des Romanes in der Stadtverwaltung  
Vorlage: VII/2020/01848
- 10.35. Anfrage der Stadträte Johannes Menke (FREIE WÄHLER) und Gernot Nette (FREIE WÄHLER) zum Umgang des Geschäftsbereichs IV mit Nebenkostenabrechnungen durch die Abteilung existenzsichernde Leistungen  
Vorlage: VII/2020/01849
- 11. Mitteilungen
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 13. Anregungen

- 13.1. Anregung der CDU-Fraktion zur Wiederinbetriebnahme / Wiedererrichtung der Sirenen im Stadtgebiet  
Vorlage: VII/2020/01801
- 13.2. Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erschließung weiterer Trauungsorte  
Vorlage: VII/2020/01831
- 13.3. Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Aufstellung von haptischen Reliefs im innerstädtischen Raum  
Vorlage: VII/2020/01840
- 13.4. Anregung der SPD-Fraktion zur Baustellenführung in der Ludwig-Wucherer-Straße  
Vorlage: VII/2020/01841
- 13.5. Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Erweiterung der Vorschlagsliste zur Namensvergabe  
Vorlage: VII/2020/01842
- 13.6. Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zu Sensoren in den Bussen und Bahnen der HAVAG  
Vorlage: VII/2020/01845
- 13.7. Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Wiedereinrichtung von Sirenen  
Vorlage: VII/2020/01846
- 13.8. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert zur Verlegung Hundewiese auf der Peißnitz  
Vorlage: VII/2020/01839
- 13.9. Anregung des Stadtrates Kay Senius SPD-Fraktion zur Ertüchtigung und Ausweitung von Seniorenwegen  
Vorlage: VII/2020/01843
- 13.10. Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur besseren Ausschilderung vorhandener Ausweichparkplätze am Freizeitbad Maya mare und zur Erhöhung der Sicherheit am Parkhaus  
Vorlage: VII/2020/01812
- 13.11. Anregung des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zu Katastrophen-Warnungen auf digitalen Anzeigetafeln  
Vorlage: VII/2020/01857
- 13.12. Anregung der AfD-Stadtratsfraktion zur Ausschilderung der Verkehrsführung an der Kreuzung Mansfelder Straße/ Sandanger  
Vorlage: VII/2020/01873
- 13.13. Anregung der AfD- Stadtratsfraktion - Abschaffung der Umweltzone zur Entlastung der Bürger und Unternehmen  
Vorlage: VII/2020/01891
14. Anträge auf Akteneinsicht

**zu 3      Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.09.2020**

---

**Herr Nette** bezog sich auf Seite 20, Bericht des Oberbürgermeisters und die Aussage, dass 160 Millionen Kreditaufnahme zu einem Zinssatz zu 8 Millionen aufgenommen wurde. Es müsste 800 Tausend lauten.

**Herr Geier** sagte, die 8 Millionen beziehen sich auf den Kapitaldienst, der aus der Aufnahme von 160 Millionen entsteht. Diese 8 Millionen waren indikativ im Haushalt 2020 ff. eingeplant.

**Frau Müller** sagte, dass der Einwand schriftlich einzureichen ist.

**Abstimmungsergebnis:                      vertagt**

**zu 4      Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

**zu 4.1      Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.09.2020  
Vorlage: VII/2020/01880**

---

**Frau Müller** sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 30.09.2020 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

**zu 5      Bericht des Oberbürgermeisters**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über folgende Themen:

- 02. Oktober    „Brunnen der Heidetiere“ sprudelt wieder
- 02. Oktober    Ausstellung „3x30“ im Ratshof
- 02. Oktober    Stadt schließt Sanierung des MMZ ab
- 03. Oktober    Baumpflanzung am Tag der Deutschen Einheit
- 09. Oktober    Stilles Gedenken am 09. Oktober
- 09. Oktober    Stadt fordert Leerstand-Fonds
- 10. Oktober    Waffenverbotszone am Riebeckplatz
- 14. Oktober    Silbersalz-Polarlichter über dem Hallmarkt
- 26. Oktober    Neue Schule für Lernzentrum in Neustadt

27. Oktober Richtfest für Halles neues Planetarium
28. Oktober Sportparadies: Aufhebung Fördervereinbarungen
28. Oktober Aktuelle Aktivitäten des Ausländerbeirates
28. Oktober Aktuelle Corona-Situation

## **zu 6        Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

---

Es gab keine Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters.

**Herr Aldag** gab eine persönliche Erklärung ab.

Diese Woche hat die Fluthilfemaßnahme auf der Nordspitze Peißnitz begonnen. Es fand noch einmal ein Gespräch mit Verwaltungsmitarbeitern vor Ort statt. In seinen bisherigen Erläuterungen habe er immer fachlich argumentiert, dass die Bauweise des Weges falsch ist. Er habe sich von einigen Argumenten der Verwaltung überzeugen lassen. Es irritiert ihn aber, wie knapp die Entscheidungen fallen. Bis zum Schluss der Diskussion habe es immer wieder geheißsen, dass dieser Weg nicht DIN-gerecht gebaut wird, weil es an der Stelle nicht anders geht. Das hält er für bedenklich. Er bat darum, bei künftigen umstrittenen Baumaßnahmen den Rat vorab über derartige Kenntnisse zu unterrichten und auch gleich zu begründen, warum hier fachlich anders gearbeitet wird.

## **zu 7        Beschlussvorlagen**

---

### **zu 7.1     Nachtragshaushaltssatzung 2020 Vorlage: VII/2020/01741**

---

**Herr Nette** fragte, warum der Bereich „Hilfe zur Erziehung“ erneut aufgestockt werden muss.

**Frau Brederlow** antwortete, dass es eine Pflichtleistung ist, die den Eltern zusteht. Im Laufe des Jahres ist ein höherer Bedarf entstanden.

**Herr Scholtyssek** sagte, dass trotz der Diskussion im Ausschuss die Höhe von 68.000.000 Euro an zusätzlichen Liquiditätskrediten nicht nachvollziehbar ist. Er stellte einen zweiten Beschlusspunkt vor mit dem Wortlaut: Zur Inanspruchnahme von mehr als 45 Millionen der zusätzlichen Liquiditätskredite von bis zu 68 Millionen ist eine gesonderte Beschlussfassung im Finanzausschuss erforderlich.

**Herr Feigl** sagte, dass die Aufstellung in Anlage 3 die coronabedingten Mehraufwendungen darstellt, allerdings beispielsweise nicht die Minderaufwendungen. Man wünsche sich zukünftig eine bessere und nachvollziehbarere Darstellung.

**Herr Wolter** schlug beziehend auf den Wortbeitrag von Herrn Scholtyssek vor, dass der Finanzausschuss darüber in Kenntnis gesetzt werden kann, wenn die Ausgaben über 45

Millionen Euro Liquiditätskredite gehen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass dem Stadtrat eine sorgfältige Schätzung vorliegt, so wie es die kommunale Haushaltsverordnung auch vorsieht. Er sagte zu, dass die Ausgaben im Finanzausschuss vorgelegt werden können.

**Herr Schaaf** fragte nach dem tagesaktuellen Stand der Liquiditätskredite und ob eine stufenweise Freigabe den Haushaltsvollzug behindern würde. Zur Not könnte eine Sondersitzung des Finanzausschusses einberufen werden, sollten die Summen überschritten werden.

**Herr Geier** sagte, dass der Vorschlag nicht praktikabel ist. Der Kassenbestand wird täglich ermittelt und es kann zugespitzt formuliert nicht sein, alle zwei Tage eine Sondersitzung einzuberufen. Es muss vielmehr ein Rahmen existieren, in dem sich die Verwaltung mit der entsprechenden Kalkulation bewegt.

**Herr Dr. Meerheim** sagte, dass die Vorlage angemessen ist. Man sollte sich aber auch bewusst sein, dass selbst die 68 Millionen Euro nicht ausreichend sein können.

**Herr Scholtyssek** sagte, von einem Änderungsantrag Abstand zu nehmen.

**Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                      **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt

1. die Überschreitung des unter dem § 4 der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020, die am 29.01.2020 vom Stadtrat beschlossen und im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) Nr. 4 vom 29.02.2020 öffentlich bekannt gegeben wurde, festgelegten Höchstbetrags an Liquiditätskrediten in Höhe von 350.000.000 Euro um 68.000.000 Euro auf 418.000.000 Euro.
2. eine Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020.

**zu 7.3      Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im FB Immobilien  
Vorlage: VII/2020/01769**

---

**Herr Sehrndt** sagte, dass der Punkt „Rückbau und Erneuerung der bestehenden WCs“ auf die vorliegende Weise nicht erfolgen kann. Hier ist die ausführende Firma in Regress zu nehmen. Weiterhin merkte er an, dass die Spalte in der Vorlage auf Seite 3 „zu erwartender Aufwand nach Durchführung der Maßnahme“ leer ist. Dort haben Abschreibungen und sonstige laufende Kosten vermerkt zu werden.

**Frau Dr. Marquardt** sagte, dass der Einbau der WC aus einer älteren Sanierungsmaßnahme resultiert. Bei den jetzigen Sanierungsarbeiten wurde festgestellt, dass damals nicht gut gearbeitet wurde. Neue Richtlinien in Bezug auf Brandschutz sind zu berücksichtigen.

Die Frage der Abschreibungen möge er schriftlich einreichen.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2020 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101012.700 Grundschule Hanoier Straße (STARK III)  
(HHPL Seite 130, 145, 1241)  
Finanzpositionsgruppe 785\* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 600.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.21911012.700 Campus Kastanienallee  
(HHPL Seite 1060, 1248, 1267)  
Finanzpositionsgruppe 785\* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 600.000 EUR

**zu 7.4      Zustimmung zur Annahme des Werbe- und Sponsoringvertrages mit der  
Saalesparkasse Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01711**

---

**Frau Dr. Brock** sagte, dass beim nächsten Sponsoringvertrag in drei Jahren mit weiteren Interessenten verhandelt werden sollte. Sie erachtet die Vergabe der Namensrechte für den dargelegten finanziellen Wert weiterhin als zu gering.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass die Stadt Halle (Saale) gemeinsam mit dem Saalekreis Träger der Saalesparkasse ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme eines Werbe- und Sponsoringvertrages der Saalesparkasse für die Laufzeit von 3 Jahren und einer jährlichen Zahlung von 25.000 Euro netto bei einer städtischen Gegenleistung zur Übertragung der Namensrechte an der Eissporthalle bis zum 30.09.2023.  
(PSP-Element 1.42410.02 – Eissport, modulare Sporthalle)

Die Sitzung wurde für eine 30-minütige Pause unterbrochen.

**zu 7.5 Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2019/00059**

---

**zu 7.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2020/01900**

---

**zu 7.5.2 Änderungsantrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2020/01901**

---

**Frau Dr. Wünscher** brachte den Änderungsantrag unter dem Tagesordnungspunkt 7.5.2 ein und warb um Zustimmung.

**Herr Schied** sagte, dass dem Änderungsantrag 7.5.1 zugestimmt werden kann, der Änderungsantrag 7.5.2 aber losgelöst von der Vorlage zu betrachten ist. Er begrüßt das vorliegende Konzept.

**Herr Senius** sprach sich für die Vorlage aus und warb für den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

**Herr Feigl** sagte, dass die Fortschreibung des Konzeptes gut ist. Eine Evaluation nach drei Jahren ist sinnvoll, dem Änderungsantrag 7.5.1 werde daher zugestimmt. Die Idee unter 7.5.2 ist gut, aber in dem Konzept nicht richtig verankert, daher werde man diesen Änderungsantrag ablehnen.

**Herr Wolter** sprach sich für die Änderungsanträge und die Vorlage aus.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung.

**zu 7.5.2 Änderungsantrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2020/01901**

---

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt folgende [Einfügung auf Seite 165:

Eine entsprechende Positionierungsstrategie als umsetzungsorientierter Folgebaustein zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept sollte eng verknüpft werden mit einer bauleitplanerischen Steuerung insbesondere des zentrenrelevanten Einzelhandels, um so Fehlentwicklungen außerhalb der Zentren zu vermeiden, die negative städtebauliche Auswirkungen auf das Hauptzentrum zur Folge haben können.

**Zur Steuerung der Entwicklung des zentrenrelevanten Einzelhandels wird künftig auch die Einflussnahme durch einen kommunalen Zwischen-/und Erwerb von Immobilien geprüft.**

**Dadurch können neue Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung des Einzelhandels gewonnen werden.**

Aufgrund der hohen Dynamik im Einzelhandel ist mittelfristig auch weiterhin ein Bedarf zur Fortschreibung der einzelhandelsbezogenen Grundlagenermittlung und Zielerarbeitung für ein zu aktualisierendes Einzelhandels- und Zentrenkonzept – inkl. einer flächendeckenden Vollerhebung des Einzelhandels – zu erkennen.

**zu 7.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01900**

---

**Abstimmungsergebnis:                      mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag wird folgendermaßen ergänzt:

Der Stadtrat beschließt das Einzelhandels- und Zentrenkonzept in der vorliegenden Fassung vom Mai 2020 als Grundlage zur weiteren Steuerung der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Halle (Saale).

Dieses Konzept ersetzt das am 30.10.2013 beschlossene Einzelhandels- und Zentrenkonzept (V/2013/11902).

**Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept wird nach Ablauf von 3 Jahren nach Inkrafttreten evaluiert. Im Rahmen der Evaluation soll bewertet werden inwieweit das Einzelhandels- und Zentrenkonzept als Steuerungsinstrument in Bezug auf die definierten Steuerungsziele zur Stärkung des Einzelhandels und der Zentren wirksam ist. Das Evaluationsergebnis wird dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.**

**zu 7.5 Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2019/00059**

---

**Abstimmungsergebnis:                      einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt das Einzelhandels- und Zentrenkonzept in der vorliegenden Fassung vom Mai 2020 als Grundlage zur weiteren Steuerung der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Halle (Saale).

Dieses Konzept ersetzt das am 30.10.2013 beschlossene Einzelhandels- und Zentrenkonzept (V/2013/11902).

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept wird nach Ablauf von 3 Jahren nach Inkrafttreten evaluiert. Im Rahmen der Evaluation soll bewertet werden inwieweit das Einzelhandels- und



Zentrenkonzept als Steuerungsinstrument in Bezug auf die definierten Steuerungsziele zur Stärkung des Einzelhandels und der Zentren wirksam ist.  
Das Evaluationsergebnis wird dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

**zu 7.6 Baubeschluss Umgestaltung und Neuverlegung des Brödelgrabens, Stadtteil Dörlau und Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 im Fachbereich Bauen  
Vorlage: VII/2020/01524**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Umgestaltung und Neuverlegung des Brödelgrabens.
2. Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2020 im Finanzhaushalt für die Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.55201011 Brödelgraben  
Finanzpositionsgruppe 785\* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 784.300 EUR.

Die Deckung erfolgt aus folgender Verpflichtungsermächtigung:  
PSP-Element 8.54101129 Paul-Suhr-Straße (HHPL Seiten 138, 617, 1251, 1269)  
Finanzpositionsgruppe 785\* Verpflichtungsermächtigung für Baumaßnahmen in Höhe von 784.300 EUR.

**zu 7.7 Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am Straßenbahnersatzneukauf der HAVAG  
Vorlage: VII/2020/01539**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, dass sich die Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2021-2030 mit 26,28 Mio. Euro an der Finanzierung des Straßenbahnersatzneukaufes beteiligt. Diese Mittel dienen ausschließlich dem Erwerb der Straßenbahnen und werden zu 100 Prozent aus den der Stadt zugewiesenen Mitteln des § 8 ÖPNVG LSA finanziert.  
Die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses bedingt durch den neuen Straßenbahnfuhrpark beläuft sich für die Jahre 2021-2030 auf insgesamt 29,396 Mio. Euro. Diese Mittel sind durch die Stadtwerke Halle GmbH (SWH) und im Bedarfsfall

durch die Stadt Halle (Saale) bereitzustellen.  
Diese Erhöhung des Betriebskostenzuschusses ist in den langfristigen

Wirtschaftsplanungen der SWH und der HAVAG berücksichtigt.  
Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Einhaltung der finanziellen Verpflichtungen des Landes Sachsen-Anhalt und des Stadtwerkekonzerns der Stadt Halle (Saale).

Des Weiteren geht der Stadtrat davon aus, dass das Land die Regionalisierungsmittel in der bisherigen Höhe entsprechend § 8 Abs.3 ÖPNVG LSA an die Kommune ausreicht.  
Mit dem Beschluss zum Haushalt 2021 bestätigt der Stadtrat die Mittelbindung bis zum Jahr 2024 und verpflichtet sich, in den Haushaltsplanungen 2022 ff. die in der Vorlage aufgeführten Haushaltsansätze einzustellen.

Der Stadtrat erwartet, dass mit dieser Beschlussfassung das Land Sachsen-Anhalt noch in 2020 einen Zuwendungsbescheid an die HAVAG erteilen kann und wird.

**zu 7.8 Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2020/01416**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Parkgebührenordnung der Stadt Halle (Saale) gemäß der Anlage 1.

**zu 7.9 Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr 2021**  
**Vorlage: VII/2020/01466**

---

**zu 7.9.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur**  
**Beschlussvorlage "Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr**  
**2021" (VII/2020/01466)**  
**Vorlage: VII/2020/01904**

---

**Herr Feigl** bracht den Änderungsantrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und bat um Zustimmung.

**Herr Eigendorf** wies darauf hin, dass die Ideen aus den Zukunftswerkstätten im Südpark entstanden sind. Er sprach sich für eine Beschlussfassung der Verwaltungsvorlage aus, diese stellt einen Mehrwert für den Stadtteil dar.

**Herr Heym** sprach sich für die Vorlage der Verwaltung aus.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass die städtebauliche Qualität im Südpark schlechter ist als beispielsweise in Halle-Neustadt. Zur Thematik Durchgangsverkehr sagte er, dass es sich

ausschließlich um Verkehr des Quartiers handelt und kein Autofahrer, der beispielsweise zur Bundesstraße B80 auffahren möchte, diesen Weg durch den Südpark nutzen würde.

Er sagte, dass der Änderungsantrag daher abzulehnen sei.

**Herr Schachtschneider** sprach sich für die Beschlussvorlage der Verwaltung aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

zu 7.9.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur  
Beschlussvorlage "Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr  
2021" (VII/2020/01466)  
Vorlage: VII/2020/01904**

---

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1-9 benannten Maßnahmen, welche sich im Haushaltsplanentwurf 2021 innerhalb der verteilbaren Finanzmasse befinden, in die Antragstellung zur Städtebauförderung für das Programmjahr 2021 aufzunehmen. **Die Maßnahme „Neubau einer Wohnstraße im Südpark Neustadt zw. Telemannstr. und Ernst-Hermann-Meyer-Str.“ (Förderprogramm Sozialer Zusammenhalt, Fördergebiet Halle-Neustadt, Ordnungsmaßnahmen, Nr. 6) wird nicht beantragt.**

zu 7.9 **Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr 2021  
Vorlage: VII/2020/01466**

---

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1-9 benannten Maßnahmen, welche sich im Haushaltsplanentwurf 2021 innerhalb der verteilbaren Finanzmasse befinden, in die Antragstellung zur Städtebauförderung für das Programmjahr 2021 aufzunehmen.

**zu 7.10    Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VII/2020/01505**

---

**zu 7.10.1   Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur  
Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung  
Wildentenweg – Aufstellungsbeschluss (VII/2020/01505)  
Vorlage: VII/2020/01896**

---

**zu 7.10.2   Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Christoph Bergner (CDU-Fraktion) zum  
Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg -  
Aufstellungsbeschluss VII/2020/01505  
Vorlage: VII/2020/01910**

---

*-Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-*

**Frau Müller**

7.10, Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg. Hierzu gibt es zwei Änderungsanträge. Der eine Änderungsantrag ist von der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der andere Änderungsantrag ist von Herrn Christoph Bergner. Gibt es dazu Redebedarf? Ich würde Herrn Bergner vielleicht für den Änderungsantrag den Vorzug lassen. Herr Bergner, bitte schön.

**Herr Dr. Bergner**

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der Einwohnerfragestunde gemerkt, dass dieser Beschluss durchaus konflikträchtig ist und ich will gerne unseren Beigeordneten Recht geben und unterstützen in der Ansicht, dass die eigentlichen Abwägungsbeschlüsse der vorgetragenen Anliegen auch im Zuge des B-Plan-Verfahrens erfolgen. Das ist jedenfalls der formale Verfahrensweg. Wir haben aber jetzt hier eine Sondersituation, die dadurch bedingt ist, dass schon im Vorfeld auch des Aufstellungsbeschlusses unser Oberbürgermeister ausdrücklich die Bürgerinitiative eingeladen hat, sich gewissermaßen an der Willensbildung zu beteiligen und einen Kompromiss zu erarbeiten. Ich bin, das war in der Zukunftswerkstatt, ich bin also selber Zeuge dieser Einladung gewesen. Insofern sind die Erwartungen an diesen Aufstellungsbeschluss weitergehend, als sie normalerweise wären, wenn man sagt, alle Abwägungen laufen in Zusammenhang mit dem B-Plan-Verfahren. Und insofern kann ich nicht verstehen, dass aus der Perspektive der Bürgerinitiative, egal, ob man Ihnen im Einzelnen Recht gibt oder nicht, bestimmte Punkte fehlen, zu denen sie sich eine Aussage gewünscht hätten. Und der Anlass, das Ziel dieses Änderungsantrages ist es, gewissermaßen mit der Hoffnung auf eine Befriedung der Konfliktsituation, eine Überarbeitung des Aufstellungsbeschlusses zu fordern, indem offene Punkte behandelt werden. Also beispielsweise der Bebauungsvorschlag, den die Bürgerinitiative sich selber im Konflikt erarbeitet hat. Das Zweite der Ausbau der Infrastruktur, der natürlich in den Erwartungen der Anwohner über das, was in dem Aufstellungsbeschluss steht, hinaus geht. Die Frage, wo Ausgleichsflächen zu finden sind, was eng gekoppelt ist und wo vorgesehen ist, wenn man über die Neufächennutzung spricht. Und schließlich die hydrologische Situation, wo wir doch gewisse Sorge haben müssen, wenn wir die gutachterliche Arbeit in die Hände des Investors geben, dass wir auch zu einer interessenunabhängigen Auswertung kommen. Ich würde mir wünschen, dass es gelingt, diese Gesichtspunkte in einen

überarbeiteten Aufstellungsbeschluss einzufügen. Ich will noch einmal betonen, mir ist auch wichtig, dass es zu einem Aufstellungsbeschluss kommt, damit wir wenigstens zur Entscheidung kommen aber ich verstehe die Bürgerinitiative, die nach der Vorgeschichte natürlich bestimmte Dinge nicht berücksichtigt findet, unabhängig davon, ob man im Einzelnen zustimmt oder nicht. Deshalb dieser Änderungsantrag. Danke schön.

**Frau Müller**

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Sehr geehrter Herr Bergner, ich würde es ganz gerne ergänzen. Es haben nicht nur die zwei Bürgerversammlungen in Kröllwitz stattgefunden, sondern unzählige Gespräche innerhalb der Verwaltung mit der Bürgerinitiative, in denen wir uns über eineinhalb Jahre versucht haben zu verständigen und zu einigen. Das möchte ich zur Vollständigkeit nochmal deutlich machen. Ansonsten bleibe ich bei den Ausführungen, die ich vorhin schon gemacht habe.

**Frau Müller**

Und Herr Eigendorf.

**Herr Eigendorf**

Vielen Dank Frau Vorsitzende. Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Tat, eine Schwelle, an der man die Stadtverwaltung loben kann, loben muss, ist die Bürgerbeteiligung, die hier stattgefunden hat. Trotz allem sind es gerade die Proteste der Einwohnerinnen und Einwohner in Kröllwitz, die so ein bisschen wie ein dermatologisches Schwert über dieser Beschlussvorlage schweben. Es ist durchaus verständlich, das haben wir jetzt auch wieder bei der Einwohnerfragestunde gemerkt, weil die Anwohnerinnen und Anwohner eben bei den derzeitigen Plänen nicht in Begeisterungstürme ausbrechen, sondern sehr genau und sehr detailliert zum Ausdruck bringen, wo sie der Meinung sind, dass viele Fragen noch offen sind. Und ich füge ganz ehrlich an, auch aus unserer Wahrnehmung, aus unserem Gefühl sind hier Fragen offen geblieben. Sie sehen als Stadtverwaltung in diesen Vorschlag, in diesem Aufstellungsbeschluss eine Stadtentwicklung. Wir glauben aber, dass die Frage ist: Ist es wirklich gute Stadtentwicklung? Und da gibt es eben Fragen, die auf dem Weg zur Beantwortung dessen zu klären sind. Verkehrliche Lage, der Umgang mit den Biotopen etc., alles, was wir in der Einwohnerfragestunde gehört haben. Und, auch wenn es heute nur der Aufstellungsbeschluss ist, ist es eben doch der Start eines Prozesses. Und eben auch eine politische Grundsatzentscheidung und ein Signal an die Stadtverwaltung, und nach außen, ob wir das unterstützen, ob wir das für gute Stadtentwicklung halten. Und dieses Signal können wir hier heute auf Grund der offenen Fragen so nicht geben. Vielen Dank.

**Frau Müller**

Herr Wolter.

**Herr Wolter**

Wir haben auch genau wie die anderen Fraktionen zu der Sache intern diskutiert. Wir sind der Auffassung, dass es in der Beschlussvorlage der Verwaltung zum Aufstellungsbeschluss auch von uns keine Zustimmung geben kann, weil die Diskussion, ich sage mal, nur die beiden Themen jetzt vielleicht neben anderen Fragen, die offen sind, die natürlich im Prozess zu beantworten sein werden, für uns trotzdem eine zu weite Aufgabenstellung für die Verwaltung sind und wir wollen diese Zielsetzung im Aufstellungsbeschluss gerne eingrenzen, zu Bedingungen schon von vorn herein. Die haben wir unter zwei Punkten zusammengefasst. Das ist einerseits die Beibehaltung und Wiederaufforstung des Waldbereiches, das betrifft die Flurstücke 30/16, 248/30, 247/30 und 246/30. Und die Reduzierung des Querschnittes des westlichen Endes des Blesshuhnwegs auf rund 3 Meter. Das ist für uns eine Art der Begrenzung, auch zu der Vorlage und in Abstimmungen, die jetzt

in den letzten Wochen und Monaten gelaufen sind sowie das der Herr Oberbürgermeister ja auch schon ausgeführt hat. Das ist ein sehr langer Prozess und wir haben intern eben auch darauf hingewiesen, in der Diskussion, in der erweiterten Fraktion vor allen Dingen, dass das ein sehr junges, sage ich mal, mit sehr wenig Häusern bebauten Areal ist, mit diesen seit 1970, glaube ich, Sie wissen das alle und das wir schon dieses Thema, was der Oberbürgermeister angesprochen hat, wie entwickeln wir sozusagen dort gerade auch in Bereichen, wo Erweiterung möglich ist. Und die Signale aus der Bürgerinitiative, Herr Dr. Bergner, sind natürlich auch immer die gewesen, ja, wir wollen jetzt nicht verhindern, dass in unserer Nachbarschaft eine Erweiterung passiert. Und um den Prozess sozusagen erstmal auf so ein Mindestmaß ein zustutzen, haben wir diesen Vorschlag hier definiert, unter diesen Bedingungen könnten wir dem Aufstellungsbeschluss zustimmen. Aber wir sind natürlich auch, wenn es hier keine Mehrheit findet, heute nicht bereit, heute dem Aufstellungsbeschluss zu folgen, wenn er in der Form heute dann zur Abstimmung kommt.

**Frau Müller**

Vielen Dank und dann hat jetzt Herr Senius das Wort mit einem Geschäftsordnungsantrag.

**Herr Senius**

Ich glaube gern, dass sich die Verwaltung redlich bemüht hat, mit den Anwohnern, mit der Bürgerinitiative ins Gespräch zu kommen. Trotz allem und das hat ja heute die Bürgersprechstunde gezeigt, ist die Bürgerinitiative mit der Beantwortung der Fragen, die sehr dezidiert sind, nicht zufrieden. Wir sind auch der Meinung und auf das hatte Herr Eigendorf hingewiesen, dass vor dem Aufstellungsbeschluss Fragen zu beantworten sind, wollen aber ...

**Frau Müller**

Herr Senius, stellen Sie bitte einen Geschäftsordnungsantrag.

**Herr Senius**

... wollen aber, ich will es nur begründen, warum ich das mache. Wollen aber nicht ablehnen beziehungsweise wollen das Risiko der Ablehnung auch vermeiden. Deshalb stelle ich den Geschäftsordnungsantrag der Vertagung, somal der Entwickler uns auch zu verstehen gegeben hat, dass er mit einer Vertagung gut leben könnte.

**Frau Müller**

Gut, wir haben jetzt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Debatte. Möchte jemand gegen den Geschäftsordnungsantrag reden? Herr Heym.

**Herr Heym**

Ich möchte mich gegen diesen Geschäftsordnungsantrag aussprechen, weil, wenn oder wo, wenn nicht jetzt und hier, sollen wir in diese Diskussion einsteigen, entsprechend in welche Richtung man noch weiter sich bemühen muss. Die Anwohner haben eine Stunde ihre Einwände vorgetragen, es gab Zukunftswerkstätten und muss jetzt hier eine Diskussion erfolgen, wie man in der Angelegenheit zielorientiert weiter geht. Denn eins kann ja nicht sein, dass die einen sagen, ich habe mein Häuschen und die anderen sollen sehen, wo sie bleiben. Das kann ja wohl nicht unser Anspruch sein.

**Frau Müller**

Gut, wir haben den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung. Es gab eine Für-Rede von Herrn Senius, es gab eine Gegenrede von Herrn Heym. Das heißt, wir stimmen jetzt ... Herr Feigl, ich kann jetzt nicht schon wieder den nächsten Geschäftsordnungsantrag annehmen, ich muss den ersten jetzt erstmal abhandeln. So. Es tut mir leid, ich kann jetzt aber hier nicht einen Geschäftsordnungsantrag einfach so. Wir stimmen jetzt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung ab.

### *-Abstimmungsprozess-*

Für den Geschäftsordnungsantrag haben 24 Stadträtinnen und Stadträte gestimmt, dagegen ebenso, damit haben wir wieder ein Patt und damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt. Das heißt, es wird nicht vertagt.

So, damit können wir weiter in der Debatte gehen. Und dann würde ich, kleinen Moment, ich registriere Sie, ich habe noch von vorhin eine Rednerliste, da würde es zunächst mit Herrn Aldag weitergehen.

#### **Herr Aldag**

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schon vieles jetzt zum Thema gesagt wurden und vielleicht noch mal aus unserer Sicht. Ich habe heute auch sehr aufmerksam die Einwohnerfragestunde verfolgt. Ja, es hat eine Bürgerbeteiligung stattgefunden aber anscheinend ist irgendwie in diesen Bürgerbeteiligungen es nicht gelungen, zueinander zu kommen und einen Kompromiss zu finden zwischen dem Investor, der Stadt und zwischen dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Von daher kann man sagen, dass Anliegen ist erstmal gut aber das Ergebnis ist nicht zufriedenstellend. Aus unserer Sicht, wir haben das in der Fraktion auch sehr viel diskutiert, wir waren auch viel draußen im Gebiet, haben mit den Leuten gesprochen, haben alles abgewogen. Für uns gibt es zwei maßgebliche Dinge, die wir in dem Aufstellungsbeschluss eigentlich sehen wollten. Es ist ja, Herr Oberbürgermeister, Sie haben heute in der Einwohnerfragestunde schon erwähnt, hier geht es um die Entwicklung auch in der Stadt. Ich habe nie von den Bürgerinnen und Bürgern gehört, und auch hier im Stadtrat nicht gehört, dass sie diese Entwicklung dort im Gebiet nicht gewollt ist. Alle sagen: Ja, eine Entwicklung ist dort möglich aber wir müssen auch über das Maß der Entwicklung diskutieren. Und ich glaube, das ist eben der springende Punkt. Wie, welches Maß an Entwicklung, welches Maß an Bebauung sehen wir in diesem Gebiet. Uns geht es ähnlich wie den Mitbürgern, deswegen können wir bei dem einen Punkt auf jedenfall mitgehen, wir wollen auch das Wäldchen oben beibehalten, das ist uns ein wichtiger Punkt. Bei uns geht es noch weiter. Wir sehen auch die Häuserlinie entlang des Landschaftsschutzgebietes als problematisch an. Wir sehen es nicht mehr gegeben, dass es dann zwischen Wohnbebauung und dem Landschaftsschutzgebiet eine Pufferzone gibt, die Gärten grenzen dann direkt an das Landschaftsschutzgebiet an. Das sehen wir als problematisch an.

Zum Änderungsantrag von Herrn Bergner: Das sind tatsächlich die richtigen Fragen, die gestellt sind. Wir würden sie gerne beantwortet haben bevor dieser Aufstellungsbeschluss erfolgt. Ich glaube, dass ist das wichtige Signal, das man geben müsste, wenn die Fragen beantwortet sind und entsprechend gelöst sind, dann kann man auch wieder mit einem Aufstellungsbeschluss reingehen. Von daher würden wir uns als Fraktion heute auch gegen diesen Aufstellungsbeschluss aussprechen.

#### **Frau Müller**

Herr Schied.

#### **Herr Schied**

Eigentlich kann ich nur noch sagen, dem können wir uns anschließen. Das ist das Problem, wenn man als letztes redet, es ist alles schon gesagt wurden. Ich wollte nur noch mal zum Thema, Sie hatten, Herr Oberbürgermeister, den Begriff Kompromiss hier eingebracht. Den habe ich jetzt mal bei Wikipedia nachgeguckt: Ein Kompromiss ist die Lösung eines Konfliktes durch gegenseitige, freiwillige Übereinkunft unter beiderseitigem Verzicht auf Teile der jeweils gestellten Forderungen und so weiter und so fort. Und das kann ich hier in diesem jahrelangen Prozess nicht erkennen. Wir hatten ja schon mal so einen Streit hier, da haben wir versucht zu klären, was ein Dialog ist, es war eigentlich immer eine sehr einseitige Sache. Wenn das so eine tolle Diskussion war mit den Bürgern, dann frage ich mich, warum

dann immer und immer wieder eine Menge Fragen kommen, die auch nicht beantwortet wurden. Wir hatten vor einem Jahr hier mal eine, weil die Fragen der Bürger nicht beantwortet wurden, haben die selben Fragen gestellt, haben auch keine Antwort bekommen. Man hat den Eindruck, es soll, die Vorstellungen des Investors sollen eigentlich eins zu eins umgesetzt werden. Und, wenn man jetzt diesen Wald zum Beispiel mal nimmt, wenn ich den Änderungsantrag der Mitbürger mal nehme, also, so, wie der gestellt ist, kann man auch sagen, dann bleibt der Wald und dann hauen wir dir Häuser dazwischen. Das ist dieselbe Versiegelung. Der „Kompromiss“, den der Investor mal gemacht hat in Bezug auf die Versiegelung und die Häuser war ja einfach nur, dass er die Häuser umgestellt hat. Es waren am Ende genauso viele wie vorher und ein wirkliches Eingehen auf die berechtigten Fragen kann ich da an keiner Stelle bisher erkennen. Ich habe eher den Eindruck, da soll mit aller Macht irgendwas durchgesetzt werden, die Interessen des Investors und von daher, fällt es uns überhaupt sehr schwer, dem hier zuzustimmen. Ich denke mal, wir lehnen das Ganze auch ab.

**Frau Müller**  
Bitteschön.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Schied, die Aussage ist insoweit nicht korrekt, weil viele Kompromissmöglichkeiten auch besprochen worden sind, auch mit vielen anderen Bürgern in diesem Bereich. Ich hatte es ja vorhin eingangs schon ausgeführt. Und von daher ist das hier ein Angebot, wie man in das Verfahren einsteigt. Sie wissen ganz genau, dass die Fragen gutachterlich alle samt untersucht werden müssen und dann kann es sein, dass das Ergebnis dann so aussieht, dass eine Aufstellung des B-Plans nicht in Betracht kommt. Aber das obliegt der Untersuchung in der Darstellung des B-Plan-Verfahrens. Über Wikipedia möchte ich mich nicht unterhalten, Sie wissen, dass es nicht zitierfähig ist. Es passt hinten und vorn nicht. Das wollte ich eigentlich nur noch mal anbringen. Darüber hinaus, was wir als Änderungsantrag von MitBürger & Die PARTEI hier auch so deutlich sehen und eingebracht ist unter den Bedingungen, ich hatte mich mit Herrn Rebenstorf noch mal abgestimmt, damit können wir sehr gut mitgehen, das ist eine Möglichkeit, hier die Ergänzung auch vorzubringen. Deshalb stimmt die Verwaltung dem Änderungsantrag zu und übernimmt ihn auch.

**Frau Müller**  
Und dann haben wir als nächstes Frau Mark.

**Frau Mark**

Ich glaube, wir können doch eins feststellen, dass die meisten Fragen, die wir heute in der Einwohnerfragestunde gehört haben, ja nicht keine Antwort gegeben wurde, sondern immer dieselbe Antwort gegeben wurde, dass die momentan noch nicht abschließend beantwortet werden können, sondern, wenn wir mit dem Verfahren fortschreiten. Und deshalb möchte ich mich eigentlich an das anschließen, was der Herr Oberbürgermeister eben gesagt hat. Wenn wir den ersten Schritt nicht gehen, dann werden wir die Antworten auf die anderen Fragen auch nie hören. Also, wir werden nie dazu kommen die Detailfragen zu beantworten, wenn wir das Verfahren heute oder zu einem späteren Zeitpunkt nicht anstoßen. Deshalb können wir viel vorher allgemein diskutieren und Wünsche äußern aber wir werden nie dazu kommen, diese konkret zu berücksichtigen, wenn wir das nicht beschließen. Die nächsten Schritte, die gegangen werden sollen und müssen, die werden uns erst überhaupt in die Lage versetzen das ganze umzusetzen. Wir können das solange ablehnen, wie wir wollen aber wir können nichts machen, wir können nichts beantworten, wenn wir fachlich nicht in der Lage sind und dafür muss der Beschluss, der Aufstellungsbeschluss, gefasst werden.

**Frau Müller**  
Vielen Dank und Herr Heinrich.



### **Herr Heinrich**

Aus meiner Sicht sind diese besserverdienenden Alteingesessenen in Kröllwitz nicht diejenigen, die das alleinige Recht auf eine gute Wohnlage haben, sondern alle Bürger in Halle

haben das Recht auf eine gute Wohnlage. Insoweit sind diese egoistischen Blockadewünsche der Kröllwitzer für mich nicht unterstützungsfähig.

### **Frau Müller**

Entschuldigung da hinten im Zuschauerbereich, da hinten bitte Ruhe bewahren und vielleicht auch mal so generell der Hinweis, zumindest Anwohneranliegen mit Respekt zu behandeln. Man kann da sicherlich unterschiedlicher Auffassung sein, aber so eine Bemerkung muss dann auch nicht sein. Damit geht Herr Feigl ins Rennen.

### **Herr Feigl**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wurde jetzt öfters das Stichwort Fragen aufgeworfen. Machen wir uns doch nichts vor, es geht an bestimmten Knackpunkten in diesem Gebiet eigentlich nicht um Fragen, sondern ob wir weiterhin in der Stadt Waldstückchen bebauen wollen und dafür einen Großteil davon beseitigen müssen, oder ob wir das nicht. Das ist keine Frage, sondern das ist eine Grundsatzentscheidung. Und diese Grundsatzentscheidung, die kann man auch am Anfang eines solchen Prozesses setzen. Ich halte es sogar für wichtig, dass wir solche Grundsatzfragen am Anfang eines Prozesses schon mal klären, dann brauchen wir uns nämlich nicht im Laufe des Verfahrens dann weiterhin die Köpfe heiß zu reden. Ich bin schon relativ lange im Planungsausschuss dabei, früher als sachkundiger Einwohner, mittlerweile als Stadtrat und Vorsitzender. In dieser Zeit habe ich es noch nie erlebt, dass ein aufgestellter Bebauungsplan auf Grund von, da haben wir ein naturschutzrechtliches Problem oder ähnliches, aufgehoben wurde, noch nie. Ich glaube, das ist auch vor meiner Zeit, also seit neunzig, ist es noch nicht passiert. Also machen wir uns doch nichts vor, wir haben diese Probleme in diesem Grundstück, die haben wir und die sehen wir jetzt. Und die können wir von vornherein ausräumen, weil wir sie für ganz große Konfliktpunkte an dieser Stelle halten. Und deshalb sehe ich es auch so, wie die Mitbürger mit ihrem Änderungsantrag. Das ist der Punkt, denn man auf jedenfall an dieser Stelle feststellen muss. Wir haben diesen Konfliktpunkt, das hatte Herr Aldag auch noch mal genannt, was die Abgrenzung zu dem Landschaftsschutzgebiet anbelangt.

Herr Bergner, Ihren Änderungsantrag, ich verstehe ihn im Grunde genommen so, dass es quasi eine Vertagung ist. Verstehe ich Sie an dieser Stelle richtig, dass Sie im Grunde genommen eine Vertagung beantragt haben mit den Nacharbeiten? Das ist das, warum ich mich vorhin noch mal melden wollte mit meinem Geschäftsordnungsantrag. Der ist zwar richtig, was Herr Senius gestellt hat, diesen zu vertagen, das würde ich befürworten aber er hatte keine Perspektive. Und deswegen habe ich im Saale auch so ein wenig Unentschlossenheit festgestellt. Wenn wir den Änderungsantrag von Herr Bergner als Vertagungsantrag verstehen mit einer klaren Aufgabenstellung, dann denke ich, sollten wir an dieser Stelle folgen und ich gucke noch mal drüber, Herr Bergner meldet sich noch mal dazu und ich würde im Grunde genommen in Ihre Richtung sprechen wollen und sagen, so einen Antrag, den würde ich unterstützen, wenn Sie den jetzt noch mal klar definieren.

### **Frau Müller**

Okay, dann versuche ich jetzt mal ein bisschen Ordnung in die Rednerliste reinzubringen. Ich habe zum einen noch mal Herrn Schied, Herrn Scholtyssek und Herrn Menke, die noch gar nicht geredet haben, jetzt zum Thema zumindest, und jetzt ist sozusagen das Wort noch mal an Herrn Bergner gegeben worden. Nach der eigentlichen Reihenfolge wäre jetzt Herr Schied dran. Wie wollen wir es machen? Herr Bergner, wollen Sie vielleicht zuerst reagieren? Und dann würde ich, wenn das auch für Herrn Schied in Ordnung ist, zunächst

Herrn Menke und Herrn Scholtyssek noch dran kommen lassen und dann können Sie noch mal. Herr Bergner, bitte.

**Herr Dr. Bergner**

Ich will nur kurz auf Herrn Feigl antworten. Ein Aufstellungsbeschluss kann man meinem Verständnis vom Stadtrat entweder abgelehnt oder zugestimmt oder zur Überarbeitung gegeben werden. Mit der Überarbeitung ist natürlich eine Vertagung verbunden. Das ist völlig klar. Insofern ist das ein Vertagungsbeschluss, für den ich bestimmte Erwartungen formuliert habe, die sich auf den Vorverfahren ergeben haben, weil es diese erklärte Bürgerbeteiligung im Vorfeld gab.

**Frau Müller**

Und dann Herr Scholtyssek.

**Herr Scholtyssek**

Vielen Dank. Ich wollte noch mal unsere Position klarstellen, nachdem sich eigentlich schon jede Fraktion dazu geäußert hat. Im Grunde sehen wir es wie der Oberbürgermeister, Sie hatten es vorhin klar geäußert. Wenn wir in dieser Stadt noch mal entwickeln wollen, dann muss das auch irgendwie möglich sein. Wir haben an jeder Ecke immer wieder Bürgerinitiativen, auch andere Einzelpersonen, die dagegen sind. So kommen wir natürlich in der Stadtgeschichte nicht voran. Wir haben als Stadträte eine Aufgabe für die gesamte Stadt und wir müssen auch die gesamte Stadt in eine positive Richtung entwickeln. Das ist nicht immer einfach, weil es natürlich auch immer Interessen gibt, die dagegenstehen. Deswegen müssen wir letztendlich eine Entscheidung treffen und kompromissfähig sein. Insofern sind wir grundsätzlich für die Bebauung, sehen allerdings auch noch einige offene Fragen, das haben wir vorhin auch gehört. Und deswegen gibt es auch den Änderungsantrag von unserem Fraktionsmitglied Christoph Bergner und wir haben dann schon die klare Erwartung, wenn wir hier heute zustimmen, diesen Aufstellungsbeschluss, es ist ja wirklich kein Satzungsbeschluss, es ist ein Aufstellungsbeschluss und der ist gerade dafür da, dass diese ganzen offenen Fragen noch geklärt werden. Und wir haben die klare Erwartung, wenn wir diesen Aufstellungsbeschluss heute fassen, dass dann die offenen Fragen, also die verkehrliche Erschließung, an dem Thema muss man wirklich was tun, Bebauungsdichte ist vielleicht auch ein bisschen hoch, die Frage der Hydrologie, des Schichtenwassers, da muss man auch noch mal ran, dass diese Fragen alle im Aufstellungsbeschluss befriedigend geklärt werden und das wir dann, wenn wir zum Satzungsbeschluss kommen, klare Antworten darauf haben, nicht mehr eine Stunde lang Bürgeranfragen haben, weil das eben nicht befriedigend beantwortet ist. Wir brauchen dann wirklich eine saubere, seriöse Abarbeitung und erst dann wären wir für einen Satzungsbeschluss bereit. Das wollte ich nur noch mal klarstellen.

**Frau Müller**

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Also, das möchten wir von der Verwaltung ausdrücklich bestätigen, was Herr Scholtyssek gesagt hat und stimmen dem auch zu. Wir würden, wenn wir die Fragen jetzt im Aufstellungsverfahren nicht beantworten können, dann würden wir jetzt schon kommen und würden sagen, diese Fragen sind nicht gelöst. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Und von daher kann ich Ihren Ausführungen nur vollends zustimmen.

**Frau Müller**

Und Herr Menke.

**Herr Menke**

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe die Antworten von Herrn Rebenstorf ähnlich wie die Kollegin Mark auf die Fragen der besorgten Bürger so verstanden, dass der Aufstellungsbeschluss quasi erstmal die Voraussetzung dafür ist, dass die Verwaltung überhaupt in die nähere Prüfung einsteigen kann, das kostet ja auch alles Geld. Das kann man nicht einfach so machen ohne das man einen Aufstellungsbeschluss hat, so habe ich da verstanden. Vor dem Hintergrund bin ich schon sehr dafür und sollten wir auch das Vertrauen haben, dass die Verwaltung das ordnungsgemäß, so wie Herr Rebenstorf das ausgeführt hat, das abarbeitet. Und ob dann die Fragen zufriedenstellend beantwortet werden, dass sehen

wir ja dann hier im Stadtrat, weil das Ergebnis von alledem wird ja uns vorgelegt und auch dann haben die Bürger wieder die Möglichkeit kritische Fragen zu stellen, die wir uns hier anhören können. Und ich möchte in diesem Zusammenhang dem Professor Sackmann heute aus der Mitteldeutschen Zeitung zitieren, da ging es unter anderem um die Entwicklung der Mieten in Halle und da hat er gesagt, in Halle gibt es zu wenig Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser, die neu gebaut werden. Und wir brauchen einfach auch Möglichkeiten, wo die Leute neu bauen können, im Bereich auch hochwertiger Einfamilienhäuser und auch junge Familien möchten neu bauen, möchten auch in schönen Wohngebieten wohnen. Das verstehe ich alles. Und wenn Herr Dr. Bergner jetzt sagt, im Grunde genommen ist sein Änderungsantrag ein versteckter Vertagungsantrag, finde ich das auch nicht ganz fair. Dann sollte man doch, wie Herr Senius, einfach die Vertagung beantragen und das nicht so verdeckt machen. Also, ich bin jetzt auch durch den Änderungsantrag der Mitbürger geänderten Aufstellungsbeschluss. Danke.

#### **Frau Müller**

Und jetzt Herr Schied noch mal. Zieht zurück. Dann Frau Dr. Brock.

#### **Frau Dr. Brock**

Es ist natürlich schwierig jetzt so kurzfristige Anträge nochmal fundiert zu reflektieren und ich möchte jetzt nach Kurzkommunikation in unserer Fraktion nochmal deutlich machen, dass wir es nicht nur darauf reduzieren wollen, dass Fragen beantwortet werden. Das macht der Hauptverwaltungsbeamte ja gerne, der sagt immer, stellen Sie doch fragen, wir beantworten Ihnen alle Fragen aber es geht uns nicht nur um Fragen, sondern es geht uns um eine grundsätzlich andere Strategie an dieser Stelle. Und diese grundsätzlich andere Strategie sehe ich sozusagen auch in diesen Fragen, die Herr Bergner hier zusammengestellt hat, nicht. Was sind denn gemachte Aussagen des Planungsamtes? Was heißt denn, wir haben irgendwelche Flächen, die ausgewiesen werden? Dann werden die irgendwo ausgewiesen. Sprich, das ist verdeckt und verdeckt auch vor dem Hintergrund, wenn dann diesem Antrag zugestimmt wird, mit dieser versteckten Vertagungsänderung, dann haben wir sozusagen trotzdem einen Beschluss, der ist nicht zurückzuholen, das heißt, es wird uns dann wahrscheinlich dargestellt, das geht nicht und das geht nicht. Das kennen wir ja. Das heißt, wir wollen jetzt doch als Fraktion dabei bleiben, dass wir diesen Antrag ablehnen wollen und es steht der Verwaltung jederzeit frei, einen neuen Entwurf vorzulegen, wenn Sie denn unbedingt da etwas entwickeln möchten. Und ich glaube, dass ist eine unlautere Art und Weise jetzt im Prinzip nicht verdeckt zu vertagen, sondern verdeckt zuzustimmen.

#### **Frau Müller**

Und Frau Dr. Schöps.

#### **Frau Dr. Schöps**

Ja, nur kurz, es ist vielleicht nicht unbedingt nötig, aber weil mir vorhin diese Übernahme unseres Antrages auch kurz durchgeflutscht war, wollte ich einfach nur noch mal für die Entscheidung bei der Abstimmung alle darauf hinweisen, dass mit der Übernahme unseres Antrages ein wesentlicher Knackpunkt, nämlich die Beibehaltung und Wiederaufforstung des Waldbereiches, damit auch keine Ersatzmaßnahme für diesen Waldbereich, einfach schon eine Überarbeitung oder eine Änderung der ursprünglichen Vorlage in einem wesentlichen

Punkt, der auch von der Bürgerinitiative angestrebt wurde, gegeben ist. Und damit das nicht so untergeht, weil, wie gesagt, ich musste auch erst nachfragen, ich hatte es selbst gar nicht so richtig mitbekommen, wollte ich noch mal alle darauf hinweisen, dass Sie das bitte berücksichtigen, dass ja ein wesentlicher Punkt, nämlich der Umgang mit diesem Waldbereich gerade bereits in die Vorlage übernommen wurde.

**Frau Müller**

Und jetzt doch noch mal Herr Schied.

**Herr Schied**

Ja, da muss ich jetzt mal was zu sagen. Dann hätten Sie Ihren Änderungsantrag aber ein bisschen anders stellen müssen. Entweder hätten Sie die Grenzen des Bebauungsplanes ändern müssen oder Sie hätten für diese Flurstücke nach § 9 Baugesetzbuch, Absatz 1, 18b, Waldfestsägen müssen. Denn das ist auch wieder so ein Wischi-waschi-Ding, dann heißt es, ja wir forsten den Waldbereich wieder auf und bauen die Häuser trotzdem dazwischen. Das blockiert das Ganze nicht.

**Frau Müller**

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Die Bedingungen, die jetzt durch die Übernahme durch die Stadtverwaltung gekommen sind, sind klar und verständlich, die wir nachvollziehen können und wir werden das im Sinne dessen so machen, wie es im Änderungsantrag vorgesehen war.

**Frau Müller**

Herr Wolter.

**Herr Wolter**

Ich wollte mich nur bedanken für die Konkretisierungsvorschläge von Herrn Schied. Das ist genau, wie sagt man so schön, politisch möglich. Also, ich bin ja, freu mich ja, wenn es weitere Konkretisierung oder Verbesserungen gibt, oder noch mal klarere Benennungen gibt. Aus unserer Fraktion gab es diese Form von Vorschlag, der jetzt sozusagen eingegangen ist in die Gesamtvorlage. Wir sind zustimmungsbereit und dass es da in dem Prozess noch weitere Vorschläge aus der Verwaltung gibt, wie das dann benannt werden kann, wie das gesichert werden kann, was das für eine gesetzlich klare Benennung sein kann. Wir sind aber im Moment wirklich nur ausgegangen von dem Bereich, der hier im Planungsbereich vorliegt. Wir haben natürlich nicht Vorschläge gebracht, die über diesen Planungsbereich geht. Da gibt es bestimmt sofort andere Themen. Und die Fragen, denke ich mal, sind ja wirklich nicht zu beantworten. Das ist ja keine Unterstellung an Sie, Herr Rebenstorf oder die Mitarbeiter in Ihrem Bereich, sondern es sind ja bestimmte Dinge, wo wirklich auch Analysen erfolgen und Kostenanalysen erfolgen müssen und ich glaube, dass ist ein Kompromiss. Wir müssen eben nur sagen, wenn es ein sensibler Vorgang ist, könnte man den, wie wir das bei anderen Sachen ja auch machen, vielleicht dann auch kritisch und gut und konstruktiv begleiten. Da müssen wir mal gucken, was dann als nächste Vorlage kommt zum Bebauungsplan.

**Frau Müller**

Ich sehe jetzt keinen weiteren Redebedarf. Das heißt, der Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI ist insofern hinfällig, als dass er von der Verwaltung übernommen wurde. Das heißt, wir haben jetzt eine Beschlussvorlage der Verwaltung, die den Änderungsantrag der Mitbürger übernommen hat und wir haben noch den Änderungsantrag von Herrn Bergner.

*-Abstimmungsprozess-*

*-Ende Wortprotokoll-*

**zu 7.10.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur  
Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung  
Wildentenweg – Aufstellungsbeschluss (VII/2020/01505)  
Vorlage: VII/2020/01896**

---

**Abstimmungsergebnis: erledigt**

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Beschlusspunkt 1 wird ergänzt und erhält folgende Fassung:  
„Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 188  
,Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg‘ **unter folgenden Bedingungen**  
aufzustellen:
  1. **Beibehaltung und Wiederaufforstung des Waldbereichs (Flurstücke  
30/16, 248/30, 247/30 und 246/30),**
  2. **Reduzierung des Querschnitts des westlichen Endes des  
Blesshuhnwegs (Stich) auf rund 3 Meter.“**
2. Die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten  
Planungsziele werden entsprechend Beschlusspunkt 1 angepasst.

**zu 7.10.2 Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Christoph Bergner (CDU-Fraktion) zum  
Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg -  
Aufstellungsbeschluss VII/2020/01505  
Vorlage: VII/2020/01910**

---

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, den Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz,  
Wohnbebauung Wildentenweg - Aufstellungsbeschluss VII/2020/01505 zu überarbeiten.

Die Überarbeitung erfolgt unter Berücksichtigung nachfolgender Punkte:

1. **Entsprechend der gemachten Zusagen des Planungsamtes ist der  
Bebauungsvorschlag der Bürgerinitiative "Wildentenweg" der Vorlage  
beizufügen.**
2. **In der Vorlage sind konzeptionelle Aussagen zum erforderlichen Ausbau der  
Infrastruktur zu treffen.**
3. **Die vorgesehenen Ersatz und Ausgleichflächen für die in Anspruch  
genommene Waldfläche sind konkreter auszuweisen.**
4. **Es sollen Aussagen getroffen werden, mit welchem Verfahren eine  
interessenunabhängige Auswertung des hydrologischen Gutachtens  
sichergestellt wird.**

**zu 7.10    Bebauungsplan Nr. 188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: VII/2020/01505**

---

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich abgelehnt**

22 Ja / 25 Nein / 3 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 188 ‚Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg‘ **unter folgenden Bedingungen** aufzustellen:
  - a. **Beibehaltung und Wiederaufforstung des Waldbereichs (Flurstücke 30/16, 248/30, 247/30 und 246/30),**
  - b. **Reduzierung des Querschnitts des westlichen Endes des Blesshuhnwegs (Stich) auf rund 3 Meter.“**
2. Die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele werden entsprechend Beschlusspunkt 1 angepasst.

**zu 7.11    2. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle  
(Saale) vom 29.10.2014 in der Fassung der 1. Änderungssatzung  
Vorlage: VII/2020/01662**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

2. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 29.10.2014 in der Fassung der 1. Änderungssatzung

**zu 7.12    Änderung des Baubeschluss EFRE-Radweg Nordstraße zwischen dem  
Stadtteil Halle/Lettin und der Dölauer Straße vom 27.11.2019 (Vorlagen-  
Nummer: VII/2019/00068)  
Vorlage: VII/2020/01710**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses mit der Vorlagen-Nummer: VII/2019/00068 für den Ausbau einer Radwegeverbindung im Zuge der Nordstraße zwischen dem Stadtteil Halle/Lettin und der Dölauer Straße auf einer Länge von ca. 1.650 m mit fortgeschriebenen Gesamtkosten in Höhe von 3.464.460,00 Euro.

**zu 7.13 1. Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) - (Sportförderrichtlinie)  
Vorlage: VII/2020/01583**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte 1. Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) - (Sportförderrichtlinie).

**zu 7.14 Siebte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01563**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die siebte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) -Siebte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung - gemäß der Anlage 1.

**zu 7.15 Grundsatzbeschluss – Sanierung der Hauptsporthalle am Bildungszentrum, Am Stadion 8, in 06122 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen"  
Vorlage: VII/2020/01859**

---



Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, die in der Begründung näher beschriebene Maßnahme über Fördermittel in Höhe von 11.578.500,00 € im Bundesprogramm „Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen“ zu beantragen.

**zu 7.16 Grundsatzbeschluss – Innensanierung von Teilbereichen im Peißnitzhaus, Peißnitzinsel 4 in 06108 Halle (Saale) über das Bundesprogramm "Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen" Vorlage: VII/2020/01855**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt die in der Begründung näher beschriebene Maßnahme über Fördermittel in Höhe von 2.313.000,00 € im Bundesprogramm „Sanierung Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen“ zu beantragen.

**zu 7.17 Beendigung der Fördervereinbarungen Sportparadies Böllberger Weg Vorlage: VII/2020/01869**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung der Fördervereinbarung zum 1. Abschnitt „Ausbau und der Ausstattung einer Drei-Felder Mehrzwecksporthalle im Sportparadies Böllberger Weg“.
2. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung der Fördervereinbarung zum 2. Abschnitt Ausbau einer Badmintonhalle, einer Kletterhalle, eines Sanitärbereiches sowie eines Multifunktions- und Kursbereiches im Sportparadies „Böllberger Weg“.

**zu 7.18 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen**  
**Vorlage: VII/2020/01895**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Geldspende von Herrn Lamprecht, C., 06114 Halle (Saale) in Höhe von 1.500,00 Euro für die Baumpatenschaft von 6 Bäumen.  
(PSP-Element 1.55101.01 - Bewirtschaftung und Pflege des Waldbestandes)

**zu 7.19 Berufung der beratenden Mitglieder des Behindertenbeirates der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: VII/2020/01868**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Stadtrat beruft folgende beratenden Mitglieder in den Behindertenbeirat der Stadt Halle (Saale):

- Jörg Steffen (Fraktion DIE LINKE)
- Manfred Czok (CDU-Fraktion)
- Dr. Annette Kreuzfeld (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Carsten Heym (AfD-Fraktion)
- Annalena Rebsteck (Fraktion MitBürger & Die PARTEI)
- Sören Steinke (SPD-Fraktion)
- Paul Biedermann (Fraktion Hauptsache Halle)
- Helga Schubert (FDP-Fraktion)

## zu 8      **Wiedervorlage**

---

- zu 8.1      **Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung von Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe sowie weitere Gewerbetreibende und Dienste aus der Gesundheitsbranche**  
**Vorlage: VII/2020/01262**  
**-erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters-**
- 

**Herr Streckenbach** kündigte zur nächsten Stadtratssitzung Fragen zur Thematik an und vertagte den vorliegenden Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Dem Vertagungsantrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

### **Beschlussvorschlag:**

Bei der Beantragung von Ausnahmegenehmigungen nach § 46 StVO prüft die Stadt Halle über die bestehenden Möglichkeiten hinaus die Einführung von Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe im Stadtgebiet.

Dabei ist insbesondere zu prüfen:

1. Einführung von fälschungssicheren Parkerlaubnis-Couponheften und digitalen Alternativen;
2. Erlaubnis zum Parken ~~im eingeschränkten Haltverbot~~, auf Parkplätzen (sowohl gebührenpflichtig als auch mit Parkscheibe) und auf Anwohnerparkplätzen (tagsüber);
3. Weiterentwicklung vergleichbarer Regelungen der Städte Leipzig und Chemnitz (Anlage);
4. Auswirkung der Maßnahme zum Bürokratieabbau und Stärkung der regionalen Wirtschaft, insbesondere auch hinsichtlich der Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf Unternehmen;
5. Ausweitung auf weitere Gewerbetreibende und Dienste aus der Gesundheitsbranche.

- zu 8.3      **Antrag der Stadträte Johannes Menke (FREIE WÄHLER) und Gernot Nette (FREIE WÄHLER) zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Bewässerung von Bäumen**  
**Vorlage: VII/2020/01457**
- 

**Herr Menke** zog den Antrag im Namen der Antragsteller zurück, da diese nicht in den

Fachausschuss zur Beratung eingeladen wurden.

**Abstimmungsergebnis: zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung prüft im Zusammenarbeit mit den städtischen Wohnungsunternehmen, ob die Nutzung von Gartenwasserzählern bereits erfolgt oder diese für die Grünflächenpflege eingebaut werden können.

Weiterhin prüft die Stadtverwaltung, welche Hausgemeinschaft sich für die Umsetzung eines Pilotprojektes eignen würde und stellt die Kosten inklusive eines Zeithorizontes, der für valide Ergebnisse erforderlich ist, zur Umsetzung der Pilotierung dar.

**zu 8.4 Antrag der Stadträte Gernot Nette und Johannes Menke zur Reduzierung der Lichtverschmutzung in Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01607**

---

**Herr Menke** zog den Antrag im Namen der Antragsteller zurück, da diese nicht in den Fachausschuss zur Beratung eingeladen wurden.

**Abstimmungsergebnis: zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wo auf städtischen Liegenschaften zeitweise oder ständig auf Außenbeleuchtung verzichtet werden kann.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig für die städtische Beleuchtung auf insektenfreundliche Leuchtmittel zurückzugreifen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Genehmigung von Veranstaltungen Dritter die Nutzung insektenfreundliche Beleuchtungsmittel als Auflage in die Veranstaltungsgenehmigungen mit aufzunehmen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Beratungsangebot zu schaffen, um Grundstückseigentümer im Stadtgebiet für das Problem der Lichtverschmutzung zu sensibilisieren.

**zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**Herr Schachtschneider** übernahm den Vorsitz des Stadtrates.

**zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Nur die Liebe zählt. Und manchmal auch der Korrosionsschutz"**  
**Vorlage: VII/2020/01809**

---

**Frau Müller** brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

**Herr Sondermann** verwies den Antrag in den Kulturausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion MitBürger & Die PARTEI  
in den  
Kulturausschuss

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Die Stadt Halle (Saale) **soll prüfen, wie** schafft in der Nähe der Peißnitzbrücke eine künstlerisch gestaltete Möglichkeit zum Anbringen von sogenannten Liebesschlössern **geschaffen werden kann**, die als Alternative zum Befestigen der Schlösser an Brückengeländern dient. **Über das Ergebnis der Prüfung informiert die Verwaltung im ersten Quartal 2021.**
2. **Es wird angeregt, dass** für den Entwurf und die Umsetzung der alternativen Möglichkeit zum Anbringen von Liebesschlössern ~~wird~~ ein offener Gestaltungswettbewerb für hallesche Künstler\*innen ausgerufen bzw. durchgeführt **wird.**
3. ~~Für die finanzielle Untersetzung der künstlerisch gestalteten Möglichkeit zum Anbringen von Liebesschlössern soll Geld aus dem Produkt „Kunst im öffentlichen Raum“ verwendet werden.~~ Zudem **werden** sind Kooperationen mit dem Stadtmarketing (**Instagram, „Verliebt in Halle“**) und potentiellen Sponsoren **angeregt** zu prüfen.

**zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Autofreier Tag im Jahr 2021 in Halle (Saale)"**  
**Vorlage: VII/2020/01811**

---

**Frau Krimmling-Schoeffler** brachte den Antrag ein und warb um Zustimmung.

**Frau Dr. Schöps** sagte, dass die Fraktion MitBürger & Die PARTEI dem vorliegenden Antrag zustimmen wird. Die autofreien Straßen könnten an dem Tag von Initiativen für Angebote genutzt werden, temporäre Spielstraße, Straßencafé oder ähnliches wären eine Idee. Für Autofahrer aus dem Saalekreis könnten Alternativen angeboten werden, wie günstige Tickets für den ÖPNV.

**Herr Heym** sagte, dass die AfD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Eine temporäre

Sperrung von Straßen, um Feste oder ähnliches abhalten zu können, wird nicht unterstützt. Jeder Autofahrer nutzt sein Kraftfahrzeug nicht unbegründet, sondern um die Arbeitsstätte aufzusuchen oder aus familiären Gründen.

**Frau Mark** fragte nach den Konsequenzen, wenn für einen Tag regelrecht ein Verkehrschaos in der Stadt erzeugt wird, wo niemand irgendwo hinkommt, zu spät die Arbeitsstätte erreicht wird oder für denjenigen, der auf das Auto schlichtweg angewiesen ist. Dies erhöht die Akzeptanz der Bevölkerung das Kraftfahrzeug grundsätzlich weniger zu benutzen wohl eher weniger. Die Fraktion der Freien Demokraten lehnt den Antrag ab.

**Herr Aldag** sagte, dass ein autofreier Tag erfahrungsgemäß am Wochenende stattfindet, wo der Berufsverkehr nicht betroffen ist und der Verkehr grundsätzlich geringer ist. Der Aktionstag ist auch als Werbung für den Nahverkehr zu verstehen und wurde schon in vielen Städten praktiziert und durch die Bevölkerung auch gut angenommen.

**Frau Krimmling-Schoeffler** sagte, dass es sich um lediglich einen Tag von 365 handeln soll. Die Aktion erfolgt im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche, an der sich viele Städte beteiligen. Es soll auf alternative Mobilitätsvarianten aufmerksam gemacht werden.

**Herr Nette** fragte, ob der Stadtrat überhaupt die Kompetenz besitzt, eine Bundesstraße für einen Tag zu schließen. Seines Erachtens ist die Hochstraße eine solche Bundesstraße.

**Frau Dr. Schöps** sagte, nicht von der Hochstraße gesprochen zu haben.

**Herr Lange** sagte, dass es bereits schon einmal einen Aktionstag gab, bei dem die Hochstraße einseitig gesperrt wurde und Menschenmassen sich darauf versammelt hatten. Wenn es gut organisiert wird, wird man mit Sicherheit viele Menschen, auch aus dem Umland, anziehen können.

**Herr Scholtyssek** stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte. Diesem wurde mehrheitlich zugestimmt.

**Herr Schachtschneider** bat um Abstimmung des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

1. Die Stadt Halle führt im Jahr 2021 im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche einen "autofreien Tag" im Bereich der Altstadt und auf einer der beiden Richtungsfahrbahnen der Hochstraße durch.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum ersten Quartal 2021 einen Vorschlag für die Durchführung des "autofreien Tages" vorzulegen.

**Darüber hinaus regen wir an:**

- Mit der HAVAG, Umweltverbänden und weiteren Akteur\*innen sollen Aktionen zu umweltfreundlicher Mobilität geplant werden.

- Innenstadthändler\*innen und Gewerbetreibende sowie Vertreter\*innen aus den Bereichen Kunst und Kultur sollen an Ideenfindung und Planung des „autofreien Tages“ beteiligt werden.
- Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit soll den Bürger\*innen der Stadt im Vorfeld das Anliegen dieses Tages nahebringen und für die Teilnahme werben.

*Frau Müller übernahm den Vorsitz des Stadtrates.*

**zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beantragung von Städtebaufördermittel für die Scheibe C  
Vorlage: VII/2020/01818**

---

*-Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE erfolgt zu diesem Punkt ein Wortprotokoll.-*

**Frau Müller**

Wir kommen zu 9.3, Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Beantragung von Städtebaufördermittel für die Scheibe C. Gibt es dazu Redebedarf? Herr Lange.

**Herr Lange**

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, die Attraktivierung des Stadtteilzentrums Halle-Neustadt ist eine sehr, sehr lange Diskussion und viele Maßnahmen haben dort schon stattgefunden. Und es ist gut, dass sich die Stadt auch dazu bekennt, dass die Scheiben als prägenden architektonisches Element erhalten bleiben sollen. Fünf Türme, fünf Scheiben, das ist immer wieder auch so eine Verbindung zwischen Halle-Neustadt und der Altstadt und für die Halle-Neustädter oder für sehr viele der Halle-Neustädter sind die fünf Scheiben eben auch Identitätsstiftend. Vier der fünf Scheiben sind derzeit noch ein städtebaulicher Missstand, im Moment ungenutzt, zum Teil verfallen sie immer weiter und es ist an einigen Stellen tatsächlich, sind es die größten Taubenhäuser, die wir in der Stadt haben. Das prägt das Gefühl, das prägt die Aufenthaltsqualität in Halle-Neustadt, im Zentrum von Halle-Neustadt und es ist deswegen auch gut, wenn die Scheiben wieder genutzt werden. Deswegen sehe ich schon der Tatsache entgegen, dass Scheibe A dann tatsächlich mal eröffnet wird und dadurch die Belegung der Neustädter Passage stattfindet und ich freue mich auch, dass es einen Investor für die Scheibe C gibt, der eben tatsächlich diesen städtebaulichen Missstand beseitigen wird. Damit dieser städtebauliche Missstand beseitigt wird, haben wir bereits Fördermittel bewilligt und einen entsprechenden Antrag gestellt. Meine Damen und Herren, auch der Bund blickt nach Halle-Neustadt und auf die Scheibe C. Es ist dem Investor gelungen mit Mitteln aus dem Programm Vario wohnen zu erhalten. Vario wohnen, das ist ein Programm zum sozialen Wohnen, denn hier soll geprüft werden, erforscht werden, wie kann bezahlbarer Wohnraum so geschaffen werden, dass er generationsübergreifend genutzt werden kann. Und eigentlich sollte die Stadt sehr stolz darauf sein, dass eben eines dieser zwanzig Bundesprojekte bei uns in Halle-Neustadt entsteht. Der Bund ist es jedenfalls und guckt auf uns. Meine Damen und Herren, entgegen den Annahmen des ersten Antrages des Investors sind höhere Kosten in der Scheibe C entstanden. Das hängt viel mit der Statik zusammen, mit den Decken und der Armierung in den Decken. Bauleute könnten sowas besser erklären als der Biologe. Ich fand jedenfalls die Erläuterungen, die uns gegeben wurden sehr glaubhaft und nachvollziehbar. Und daher rühren die Bitten des Investors eben zusätzliche Fördermittel aus dem Stadtumbau Ost zu beantragen. Sowohl der Bund als auch das Land haben bereits signalisiert, dass sie diese Förderungsvoraussetzungen auch anerkennen, auch den Bedarf an zusätzlicher Förderung

anzuerkennen. Einzig und allein fehlt jetzt ein Antrag, den auch nur die Stadt stellen kann und hier blockiert leider die Stadtverwaltung. Ein Grund wird uns ja in der Begründung geschrieben, es ist die Frage, müssen wir einen Eigenanteil mit aufbringen als Stadt. Hier gibt es mittlerweile die Zusage eines Dritten, diesen Eigenanteil aufzubringen, indem er eine Spende an die Stadt geben würde. Ja, das Auftreten des Investors ist nicht immer einfach. Das kann man nicht verleugnen. Und ja, als Linke reagieren wir für gewöhnlich als besonders sensibel, wenn ein privates Investment mit öffentlichen Geld gefördert wird. Aber meine Damen und Herren, es geht um einen sozialen Ansatz des bezahlbaren, generationsübergreifenden Wohnens. Es gibt eine klare Darstellung, dass eben diese Kostensteigerungen nicht vorhersehbar waren und es ist ein Leuchtturmprojekt mit dem Vario wohnen, dass auch Imagefördernd für unsere Stadt ist. Es ist ein städtebaulicher Missstand, der endlich beseitigt werden muss und all das überzeugt mich ganz persönlich auch als jemand, der in Halle-Neustadt wohnt und das hat meine Fraktion überzeugt, diesen Antrag heute zu stellen. Es geht um die positive Entwicklung des größten Stadtteils. Und es geht um ein Signal an die Menschen, die in diesem Stadtteil wohnen, dass das Problem der Hochhausscheiben beherrscht angepackt wird. Und deswegen bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag.

### **Frau Müller**

Herr Schachtschneider.

### **Herr Schachtschneider**

Meine Damen und Herren, Sie wird es sicherlich nicht wundern, dass ich jetzt natürlich Herrn Lange in verschiedenen Punkten beipflichte. Ich würde mich nicht so weit rauslehnen, da wir hier im öffentlichen Bereich sind, über den Investor, den wir natürlich namentlich nicht benannt haben aber den ich auch. Ich muss mich auch outen, ich war damals 2015 im Finanzausschuss des Landtages und habe mit dafür gestimmt, dass die Scheibe für den Preis verkauft wurde und zwar an diesen Investor. Ich würde mich natürlich, wie viele Halle-Neustädter oder Hallenser insgesamt freuen, wenn es endlich dort im Zentrum von Halle-Neustadt weiter geht. Ich meine, wir haben den ersten Leuchtturm gesetzt mit der Scheibe A, auch dank der Stadtverwaltung und dank vieler Bürger und jetzt ist natürlich die Frage und da habe ich Frage, auch vielleicht kann Herr Rebenstorf dann ein bisschen zur Aufklärung beitragen, wenn ein Teil der Begründung steht, man kann nicht verstehen oder es ist nicht ausreichend dargelegt, warum die Scheibe C teurer werden soll, als die Scheibe A und B. Ich als Nichtfachmann vom Bau würde das ganz einfach damit verstehen, dass das eine ein Verwaltungsgebäude ist, was natürlich einen ganz anderen Aufwand bedarf und das andere wird Wohnbebauung, die natürlich auch noch ein bisschen speziell ist, nämlich auch barrierefrei beziehungsweise barrierearm, mit auch Vorstellung von Verglasung der Außenfassaden und, und, und. Also, das alleine ist schon ein Grund, warum es natürlich teurer wird. Und wir haben natürlich, Herr Bönisch sagte das gerade, wir haben natürlich auch Steigerungen, auch Corona hat dazu beigetragen das da natürlich auch Steigerungen sind, die man vor Jahren einfach nicht einplanen konnte. Ein Punkt hätte ich vielleicht noch. Und, das sind nämlich, wir könnten sagen der Eigenanteil, das wäre immer die Begründung. Fördergeld bedingt immer einen Eigenanteil, aber, wenn sogar der Punkt Eigenanteil weg ist, dann verstehe ich nicht, wenn wir zum Nulltarif eigentlich die Fördermittel bekommen, warum wir uns dann als Stadt gerade in diesem Stadtteil und gerade wo wir jetzt selber angefangen haben, eigentlich so versperren und ein Projekt zum Scheitern eventuell bringen, was durchaus nochmal so eine Leuchtturmwirkung auch für die anderen verbliebenden zwei Scheiben hätte.

### **Frau Müller**

Herr Oberbürgermeister.

### **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**



Die Stadtverwaltung hat ausgiebig hier eine Begründung abgegeben. Dieser Begründung, Herr Schachtschneider, ist nichts mehr hinzuzufügen von unserer Seite.

**Frau Müller**

Herr Wolter.

**Herr Wolter**

Herr Schachtschneider, also, man kann ja auch blind sein, wenn man einfach sozusagen im Interesse der Stadt Halle auf so ein Stadtteil fokussiert und sagt, egal, ich möchte das irgendwie schöner, besser und immer ein Entwicklungspotential aufgezeigt wird. Aber das, was hier vorliegt, ist eine vollkommen, also für mich auch, für die Fraktion DIE LINKE eher ein beschädigender Antrag, weil ich das, ehrlich gesagt ernst nehmen kann ich es nicht, lieber Hendrik Lange. Also, Sie sind Landtagsabgeordneter, Sie haben den Ausschussvorsitzenden für Finanzen bei sich, hier wird eine Eigenmitteldeckung der Stadt Halle durch Spende definiert. Das ist so abstrus, was Sie da vorschlagen, weil eine Spende ich eine nicht zweckgebundene, sage ich mal, Zahlung eines Dritten an die Stadt Halle. Das heißt, die Stadt Halle erhält eine Spende, die kann auch zweckgebunden geäußert werden aber sie kann nicht dazu dienen hier die Eigenmittel zu decken. Das ist der erste Punkt, der für mich total schwierig ist, weil ich ja sozusagen dort in dem Fall eine Art von Verfahrensweise da sehe, die für mich eigentlich in diesem ganzen Komplex, was ja Herr Rebenstorf oder die Verwaltung dargelegt hat, die Schwierigkeit macht, da eine seriöse Partnerschaft zu dem Investor zu definieren. Der wichtigste Punkt eigentlich der in der Antwort der Verwaltung ist, das wir hier einen Beschluss gefasst haben dieses Gesamte, das in unserem gemeinsamen definierten Interesse Sanierungsvorhaben mit 3,6 Millionen Euro zu unterstützen beziehungsweise den Antrag zu stellen. Das haben wir gemacht. Von diesen 3,6 Millionen ist bis heute nichts abgeflossen aber nicht, weil da nicht gebaut wurde, sondern weil anscheinend irgendwelche Unterlagen vorliegen oder weil es nicht ordnungsgemäß vorliegt. Und, wir wollen jetzt sozusagen noch einen Antrag stellen. Sie haben ja wohlweislich da nicht auf eine Summe drauf abgehoben, sondern die Verwaltung hat dann geantwortet mit diesen 6,9 Millionen, wo in der Vorlage für uns aber gar nicht nachvollziehbar ist, was jetzt die Berechnung ist. Ich kann jetzt einfach nicht nachvollziehen, woher kommen jetzt die Mehrkosten. Also, für mich als Rat im Ausschuss, wenn man das jetzt als städtische Vorlage mal sehen würde, als Beschlussvorlage der Verwaltung, dann würden wir sofort sagen, bitte begründet uns jetzt die Mehrausgaben, sind das jetzt irgendwelche Kostenschätzungen, die ihr neu gemacht habt, sind das Mehrausgaben, die jetzt schon entstanden sind und so weiter. Also, geht es nur noch um 3 Millionen? Oder geht es jetzt sozusagen um zusätzliche 6,9 Millionen? Selbst das ist für mich nicht ganz klar. Also ich könnte im Moment nur ablehnen oder müsste jetzt irgendwie verweisen und noch mal darüber diskutieren, wenn das auch grundsätzliches Interesse ist. Aber so, wie die Vorlage jetzt hier gestrickt ist mit der Untersetzung finde ich es extrem schwierig dem zuzustimmen inklusive natürlich das wir in einem Zeitpunkt unterwegs sind, wo wir über Förderung durch die Stadt extrem engagiert sind, weil wir viele Investitionsvorhaben haben. Also, wir reden ja nicht mit 50 Partner, sondern wir reden eigentlich immer wieder nur mit dem Land. Immer wieder, wie kriegen wir da noch was gedeckt, wie kriegen wir den Schulbau in irgendeiner Form und zusätzliche Gelder sind da ja nicht zu erfinden oder zusätzliche Partner. Deswegen ist für mich so eine gewisse Zurückhaltung da, würde das grundsätzlich begrüßen, wenn es nachvollziehbar ist aber so wie der Komplex jetzt da liegt ist es für mich nicht zustimmungsfähig.

**Frau Müller**

Und Herr Menke.

**Herr Menke**

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin immer fürs bauen, insbesondere fürs Sanieren. Also an Standorten Wohnungen schaffen, die ohnehin schon mit einem Gebäude versehen worden sind. Aber, ich lese die Begründung der Verwaltung ähnlich wie Herr Wolter, dass wir es hier mit einem Investor zu tun haben, der seine Hausaufgaben nicht macht, der der Verwaltung nicht das an Zahlenmaterial und Daten liefert, die die Verwaltung benötigt. Und vor dem Hintergrund kann ich dem Antrag auch nicht zustimmen und vielleicht ist es ja möglich, dass

der Investor mit der Verwaltung mal Kontakt aufnimmt, Herr Lange, Sie scheinen da mit dem Investor ja im Gespräch zu sein und das er erstmal bei der Verwaltung das nachliefert, was er bisher nicht gemacht hat. Und dann kann man sich vielleicht auch wieder über weitere Förderung unterhalten. Nicht dass wir das nächste Förderdesaster haben wie im Böllberger Weg mit diesem Sportkomplex. Danke schön.

### **Frau Müller**

Und Herr Dr. Meerheim.

### **Herr Dr. Meerheim**

Ich will etwas zu den Bedenken bezüglich der Spendenformulierung sagen. Meine Damen und Herren, die ist eins zu eins übernommen aus der Grundsatzbeschluss und dem ersten Beschluss zur Fördermittelvereinbarung der Stadt Halle mit dem Investor. Wir haben also abgeschrieben an der Stelle. Und wenn Sie sich heute die Beschlussvorlage zur Aufhebung der Fördervereinbarung mit dem Investor Böllberger Weg beschäftigen, da steht das auch drin. Das Spenden entgegen worden. Es gibt nämlich im Rahmen dieser Fördermittelvergabe eine sogenannte Experimentierklausel, die wird auch ausdrücklich in der Vorlage erwähnt, also in der zum Böllberger Weg, nach der ein solches Vorgehen möglich ist. Insofern verwundert die Stellungnahme der Verwaltung an der Stelle schon ein wenig, weil es sowohl historisch gesehen auf diesen Vorgang Scheibe C selbst, wie auch Böllberger Weg betreffend, schon mehrfach praktiziert wurde. Das wollte ich dazu noch mal sagen. Und ansonsten kann ich nur sagen, ja, der Mensch ist nicht einfach. Ich habe ihn persönlich auch erlebt den Investor oder die Investorengesellschaft vertritt, da stimme ich allen zu, die das sagen. Aber er ist an einem Projekt dran, das, wenn es fertig gestellt wird für Halle-Neustadt von großer Bedeutung wäre und würde dazu führen, dass der gesamte Bereich, neben der Scheibe A, eine deutliche Aufwertung erfahren kann und in dem Zuge vielleicht auch weitere Investitionen angeregt werden, wenn diese Investition erfolgreich würde. Das war ja mal unser Gesamtziel, als wir das Sanierungsgebiet damals beschlossen haben. Und diese Ziele werden nach wie vor verfolgt. Es wird mitunter auch so gewesen sein, das zu bestimmten Terminen Unterlagen vielleicht nicht vollständig da waren und wie das so üblich ist, dann wird das geschrieben, dann muss man die nachliefern und da haben die sich vielleicht auch verzögert, das kann ich so nicht prüfen, wir wissen aber heute, dass die Unterlagen alle vollständig da sind, mit allen Begründungen, beim Bund, beim Land und bei der Stadt Halle. Und die sind auch von den beiden anderen schon jeweils geprüft und mehr oder weniger bestätigt worden, dass diese Kosten förderfähig sind, die dort beantragt wurden und es liegt einzig und allein an der Stadt, darauf hat insbesondere die Vertreterin des Bundes in der letzten Beratung, wo wir mal mit dabei waren, hingewiesen, dass diese Mittel jetzt beantragt werden. Und auch die Landesvertreter haben darauf hingewiesen, dass Mittel ja jetzt, ich sage es mal großzügigerweise, freigeworden sind, dadurch, dass wir den Böllberger Weg gerade freigegeben haben sind ja die Mittel, die die Stadt dort gebunden hat, sozusagen wieder im Topf. Natürlich hat die Stadt keinen Anspruch auf die Fördermittel, diese Entscheidung trifft das Land gemeinsam mit dem Bund. Aber wir haben zumindest eine Chance.

### **Frau Müller**

Herr Dr. Meerheim, Ihre Redezeit ist um.

### **Herr Dr. Meerheim**

Ich bin auch schon fertig.

**Frau Müller**

Super. Und als nächstes Herr Schachtschneider.

**Herr Schachtschneider**

Ja, ich hätte jetzt von meiner Redezeit Herrn Dr. Meerheim noch ein bisschen was abgeben können. Ich möchte nur mal kurz darauf reagieren, was Herr Wolter vorhin bemerkte. Ich nehme es jetzt mal ein bisschen als Kompliment, weil ihm vielleicht die Worte fehlten, wenn man als blind bezeichnet wird, nein, ich würde es ehr als konsequent, wenn man die eine Sache anfängt, dass man natürlich nicht bei einem Fünftel stehen bleibt. Das würde ich eher als Konsequenz anstatt Blindheit bezeichnen. Und dann, aber Herr Meerheim hat es schön erklärt, würde ich Herrn Wolter natürlich die Frage gestellt haben, wir haben genau diese zwei Exempel schon mal gehabt, nämlich Böllberger Weg und die erste Fördermittelvergabe bei der Scheibe C, da war es nämlich genauso.

**Frau Müller**

Und Herr Bönisch.

**Herr Bönisch**

Ich finde das schon bemerkenswert, dass die Stadtverwaltung jetzt nicht reagiert hat und Herrn Wolters Irrtum korrigiert hat. Herr Wolter, dieses Verfahren ist völlig üblich, normal, mehrfach praktiziert. Was mich daran ein bisschen irritiert ist, dass es hier heißt, es würde gespendet für irgendeinen diffusen Zweck. Ist die Stadtverwaltung denn mit dem Investor mal ins Gebet gegangen und hat gesagt, für einen diffusen Zweck brauchen wir keine Spende, wir brauchen eine zweckgebundene Spende, um einen Eigenanteil für diese Fördermittel zu generieren? Ich denke, wenn die Scheibe in Neustadt als Intakt gewollt wird und das Projekt inhaltlich ist ja durchaus zu begrüßen, dann wäre die Frage, welche Nachteile riskieren wir denn, wenn wir jetzt diesem Antrag der Linken zustimmen? Was könnte uns denn passieren? Wenn jetzt Herr Menke sagte, naja, der hat ja schon die ersten Fördermittel nicht abgerechnet, ja, aber das Geld ist dann nicht weg. Herr Menke, wenn der keine Nachweise bringt, kriegt der kein Geld. So ist das doch. So rum geht's. Also, er muss Leistung bringen, er muss den Nachweis bringen und dann kriegt er das Geld. Es ist nicht etwa so zu befürchten, der kriegt jetzt unser schönes Geld und macht sich damit einen breiten irgendwo in Florida oder was weiß ich. Also, das hätte ich gerne mal von der Stadtverwaltung gewusst. Ich habe den Eindruck, die Stadtverwaltung will das Projekt, aber will den Investor nicht. Das ist wirklich ein bisschen eigenartig. Also sagen Sie bitte mal, welche Nachteile sehen Sie, wenn wir dem Linken Antrag zustimmen, die auf die Stadt zukommen.

**Frau Müller**

Herr Oberbürgermeister.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**

Herr Bönisch, Sie haben das jetzt auf eine ganz persönliche Ebene geschoben, nämlich auf die persönliche Ebene des Investors. Und Sie wissen, dass wir uns im öffentlichen Teil nicht äußern. Deshalb verweise ich in den Finanzausschuss in den nicht öffentlichen Teil.

**Frau Müller**

Gut, damit ist der Antrag verwiesen.

*-Ende Wortprotokoll-*

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
des Oberbürgermeisters  
in den  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

**Der Stadtrat möge beschließen:**

In Ergänzung der Beschlüsse des Stadtrates Halle (Saale) vom 25.11.2015 „Grundsatzbeschluss zum Erhalt des Scheibenensembles im Zentrum des Stadtteils Neustadt (Vorlage: VI/2015/01130)“ und vom 27.09.2017 „Festlegung zur Förderung der „Sanierung der Hochhausscheibe C, inklusive des behindertengerechten Ausbaus von 308 Wohneinheiten, Neustädter Passage 10 (VI/2017/03260)“ beschließt der Stadtrat:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, umgehend einen Antrag auf zusätzliche Städtebaufördermittel für die Sanierung der Scheibe C in Höhe der durch den Investor berechneten Mehrkosten beim Land Sachsen-Anhalt bis spätestens 30.11.2020 zu stellen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vorbehaltlich der Vorlage des Bewilligungsbescheides über eine Zuwendung entsprechend Punkt 1 (zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Vorhabens), vorbehaltlich der Bestätigung des Antrages auf Entlastung des kommunalen Eigenanteils, vorbehaltlich des Abschlusses einer Spendenvereinbarung für den städtischen Eigenanteil und vorbehaltlich der Bereitstellung des verbleibenden Eigenanteils durch den Eigentümer, eine entsprechende Fördervereinbarung in Höhe der förderfähigen Kosten abzuschließen.

**zu 9.4     Antrag der CDU-Fraktion zur Anpassung der Hauptsatzung hinsichtlich der  
Gebietsnamen im amtlichen Stadtplan  
Vorlage: VII/2020/01793**

---

**Herr Scholtyssek** brachte den Antrag im Namen der CDU-Fraktion ein und verwies diesen in den Hauptausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                      **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)  
in den  
Hauptausschuss

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt Anlage 2 des § 2 (Stadtgebiete) der geltenden Hauptsatzung an den aktuellen Beschluss zu Gebietsnamen im amtlichen Stadtplan (V/2015/1435) anzupassen.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Die MitBürger & Die PARTEI, SPD und DIE LINKE zur Neuausrichtung des Präventionsrates der Stadt Halle**  
**Vorlage: VII/2020/01761**

---

**Herr Heym** sprach sich gegen den Antrag aus.

**Frau Gellert** fragte, ob die Stelle ausgeschrieben ist und wann der Präventionsrat seine Arbeit aufnimmt.

**Herr Paulsen** sagte, dass der Stand unverändert ist. Die Stelle kann ausgeschrieben werden, wenn eine Struktur gegeben ist, die dieser Stelle angemessen ist. Mit der Korrektur des ersten Beschlusses ist dies gegeben, es ist ein tragfähiger Kompromiss, mit Beschlussfassung durch den Rat könnte alles Weitere erfolgen.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt, ergänzend zum Beschluss des Stadtrates vom 26.02.2020 zur Neuausrichtung des Präventionsrates, folgende Änderungen:

Die Koordinierungsstelle des Präventionsrates unterstützt den Präventionsrat bei der Durchführung seiner Aufgaben. Dazu ist die vorgesehene Personalstelle nach dem Beschluss des Stadtrates zur Neustrukturierung schnellstmöglich zu besetzen.

Die Steuerungsgruppe wird besetzt mit der Koordinierungsstelle des Präventionsrates, den Moderationen der Arbeitsgruppen sowie bis zu vier weiteren Personen.

Den Vorsitz der Steuerungsgruppe haben die Koordinierungsstelle des Präventionsrates sowie ein Mitglied des Präventionsrates, das nicht hauptamtlich in der Stadtverwaltung Halle tätig ist, inne. Letzteres wird durch die Vollversammlung des Präventionsrates gewählt und ist Mitglied der Steuerungsgruppe. Seine Amtszeit beträgt zwei Jahre.

Die Moderator\*innen der Arbeitsgruppen haben innerhalb der Steuerungsgruppe lediglich empfehlendes Stimmrecht.

Die Vorsitzenden der Steuerungsgruppe haben sich um Einvernehmen zu bemühen. Gelingt dies ausnahmsweise nicht, entscheiden in Dissenssituationen zwischen den beiden Vorsitzenden der Steuerungsgruppe die Mitglieder der Steuerungsgruppe mit einfacher Mehrheit. Sofern es auch hier keine eindeutige Entscheidung gibt, entscheidet die Vollversammlung.

**Anlage „Organigramm Präventionsrat Halle“**  
**-Steuerungsgruppe –**

Vorsitz: Koordinierungsstelle Präventionsrat und ein durch die Vollversammlung des Präventionsrates gewähltes Mitglied, Vertretung Polizei, Vertretung Wissenschaft, Vertretung Freier Träger, Moderatorinnen und Moderatoren der Arbeitsgruppen

**zu 9.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Bestellung eines Mitgliedes des Stiftungsrates der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale**  
**Vorlage: VII/2020/01821**

---

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestellt gemäß § 8 Abs. 1 der Stiftungssatzung Herrn Dennis Helmich für die nächste Amtszeit ab dem 25.11.2020 in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale.
2. Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, für die Neubesetzung des Stiftungsrates der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

**zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten**  
**Vorlage: VII/2020/01825**

---

**Herr Aldag** brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und warb um Zustimmung.

**Frau Dr. Burkert** verwies den Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:** verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag  
der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
in den  
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig jährlich mindestens zwei neue Fassadenbegrünungsprojekte an geeigneten städtischen Bauwerken zu realisieren. 2020 wird mindestens noch ein Vorhaben umgesetzt. Zu prüfen ist, ob beispielsweise die angrenzende Fassade im nördlichen Bereich des Schulhofes des Lyonel-Feiningergymnasiums dafür geeignet ist.

2. Die städtischen Wohnungsunternehmen GWG und HWG werden gebeten, ebenfalls verstärkt Fassadenbegrünungsprojekte zu initiieren.

**zu 9.8     Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU für einen  
Masterplan "Saubere Saale"  
Vorlage: VII/2020/01827**

---

**Frau Dr. Kreuzfeldt** brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und warb um Zustimmung.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und in den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:                     verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
des Oberbürgermeisters  
in den  
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,  
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung,  
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss  
und  
Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Masterplan zu erarbeiten, dessen Ziel es ist, mit geeigneten Maßnahmen:

- a. kurzfristig die gesundheitlichen Gefahren, die sich aus dem Eintrag von Abwässern aus der Mischwasserkanalisation für Badende ergeben, durch ein Überwachungs- und Warnsystem zu minimieren,
- b. mittel- und langfristig den Zufluss von Regenwasser in die Kanalisation deutlich zu verringern, um auf diese oder andere Weise ein Überlaufen des Mischwasserkanals immer weiter einzuschränken und letztlich ganz zu vermeiden.

**zu 9.9     Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung des Missbrauches der  
Gebäudefassade und der Grundstückseinfriedung des „Reil78“ zu  
Propagandazwecken  
Vorlage: VII/2020/01779**

---



**Herr Raue** brachte den Antrag im Namen der AfD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ein und verwies diesen in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

**Herr Wolter** bat um Prüfung, ob die Behandlung des Antrages nicht öffentlich zu erfolgen hat.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
der AfD-Stadtratsfraktion Halle  
in den  
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung,  
und  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Der Mieter der städtischen Liegenschaft Reilstraße 77/ 78, Kubultuburebell e.V., wird verpflichtet bis 31.05.2021 die Fassaden der auf dem Grundstück Reilstraße 77/78 befindlichen Immobilien in ihren ursprünglichen Zustand zurückzusetzen. Die aufgetragenen Farbaufträge sind fachgerecht zu entfernen.
2. Die an den Einfriedungen des Grundstückes mittels Farbauftrag, Plakatierung, Bannern etc. angebrachten Meinungsäußerungen sind ebenfalls bis spätestens 31.05.21 zu entfernen.
3. Eine wie auch immer geartete Veränderung von Fassaden und Grundstückseinfriedung durch Farbgebung, Plakatierung, Bannern etc. ist zukünftig zu unterlassen.
4. Dem Nutzer, dem Verein „KubultubuRebell e.V.“, wird für weitergehende Dauer des Vertragsverhältnisses auferlegt jegliches von außen sichtbares Anbringen politischer Parolen zu unterlassen.
5. Zuwiderhandlungen gegen die Punkte 1 bis 4 stellen einen schwerwiegenden Verstoß gegen den Nutzungsvertrag dar, der zur Kündigung führen kann.
6. Der Kubultuburebell e.V. wird verpflichtet auf einem Treuhandkonto eine Sicherheitsleistung in Form einer Kautionsleistung in Höhe von 25.000 Euro zu hinterlegen, die zur Beseitigung von ihm zu vertretenden Schäden am Gebäude und Grundstück herangezogen werden kann, sollte dies bei der Rückgabe festgestellt und notwendig werden.

**zu 9.10 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Ausschilderung sanitärer Anlagen an ÖPNV-Haltesstellen**  
**Vorlage: VII/2020/01780**

---

**Herr Raue** brachte den Antrag im Namen der AfD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ein und verwies diesen in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                    **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
der AfD-Stadtratsfraktion Halle  
in den  
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, an allen Haltestellen der städtischen Straßenbahn- und Buslinien die Möglichkeit der Anbringung von Wegweisern, wie z.B. Aufklebern mit Beschreibungen und Ortsangabe zu den jeweils nächstgelegenen Sanitäreinrichtungen zu prüfen. Die Verwaltung bringt im Anschluss eine entsprechende Beschlussvorlage zur Ausstattung der Haltestellen mit Wegweisern zu Sanitäreinrichtungen bis spätestens Februar 2021 in den Stadtrat ein.

**zu 9.11    Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes an Straßenbahnhaltestellen durch eine Erhöhung des Verglasungsanteils der Geländer**  
**Vorlage: VII/2020/01781**

---

**Herr Raue** brachte den Antrag im Namen der AfD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ein und verwies diesen in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                    **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
der AfD-Stadtratsfraktion Halle  
in den  
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwiefern es möglich ist, Geländer an Straßenbahnhaltestellen zwischen Boden und oberem Geländerholm (Handlauf) mit einer Verglasung zu versehen beziehungsweise diese auszuwechseln. Besonderes Augenmerk soll dabei auf schmale Haltestellen, Haltestellen mit geringem Abstand zur Fahrbahn und Haltestellen in unmittelbarer Nähe zu Ampelanlagen gelegt werden.

**zu 9.12    Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung der Planung einer**

**weitgehend autofreien Altstadt**  
**Vorlage: VII/2020/01782**

---

**Herr Raue** brachte den Antrag im Namen der AfD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ein und bat um Zustimmung.

**Herr Feigl** bat um Prüfung der Rechtmäßigkeit, da die Beschlussvorlage der Verwaltung zur weitestgehend autofreien Altstadt noch im Gremiendurchlauf ist.

**Herr Schreyer** sagte, dass der Antrag formal zulässig ist. Die Verwaltung kann die Intention ihrer Beschlussvorlage weiterverfolgen. Es würde lediglich eine Änderung der Beschlussbegründung stattfinden.

**Herr Heinrich** sagte, dass bei der Weiterverfolgung der Vorstellungen zu einer autofreien Innenstadt, Halle (Saale) eine menschenfeindliche Schlafstadt wird. Die Altstadt lebt von einem Gemisch der Nachfrage aus dem Umland, älteren und jungen Leuten und man sollte diesen Mix nicht verstören.

**Frau Mark** verwies den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
der AfD-Stadtratsfraktion Halle  
in den  
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung  
und  
durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)  
in den  
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

**Beschlussvorschlag:**

Die Planungen zur Umsetzung des Konzepts einer weitgehend autofreien Altstadt werden mit sofortiger Wirkung eingestellt und der Beschluss des Stadtrats zur Entwicklung einer autofreien Altstadt (VII/2019/00276) wird aufgehoben.

**zu 9.13 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Förderung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle**  
**Vorlage: VII/2020/01783**

---

**Herr Heym** brachte den Antrag im Namen der AfD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ein und verwies diesen in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

**Herr Scholtyssek** sagte, dass der Antrag inhaltlich ähnlich eines erst vor kurzem

abgelehnten CDU-Antrages ist. Er fragte, ob dieser daher überhaupt abstimmungsfähig ist, da die sechs monatige Ausschlussfrist noch nicht abgelaufen ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Prüfung zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**

**verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
der AfD-Stadtratsfraktion Halle  
in den  
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung  
und  
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Förderung soziokultureller Projekte und Einrichtungen in der Stadt Halle zu beenden, wenn diese extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen (z.B. Rote Hilfe oder Offenes Antifaplenum), direkt oder indirekt, beispielsweise durch das zur Verfügung stellen von Räumen für Veranstaltungen und Treffen, fördern und unterstützen oder in der Vergangenheit unterstützten.

**zu 9.14 Antrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Möglichkeiten zur Einführung der Kastrationspflicht für Freigängerkatzen  
Vorlage: VII/2020/01844**

---

**Frau Dr. Burkert** führte im Namen der SPD-Fraktion in den Antrag ein und warb um Zustimmung.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt zu prüfen inwieweit und unter welchen Bedingungen die Einführung der Kastrations- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen für die Stadt Halle (Saale) durchführbar ist. Neben der Kastration ist auch die Sterilisation als Mittel zu prüfen. Das Ergebnis ist dem Stadtrat im Januar 2021 zur Verfügung zu stellen.

**zu 9.15 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung einer öffentlichen Freiluft-Tanzfläche  
Vorlage: VII/2020/01828**

---

**Herr Wolter** führte in den Antrag im Namen der Fraktion MitBürger & Die PARTEI ein und warb um Zustimmung.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einrichtung einer Freiluft-Tanzfläche – ausgestattet mit einem wetterfesten Holzboden und einem Stromanschluss – zu prüfen. Dem Sportausschuss werden spätestens im Januar 2021 die Kosten, mögliche Fördermittelprogramme und potenzielle Standorte vorgestellt.

Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus gebeten, Sponsoren für den Bau der Freiluft-Tanzfläche zu gewinnen.

**zu 9.16    Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung einer möglichen Mängelbeseitigung in einer Sporthalle auf dem Sportschulcampus  
Vorlage: VII/2020/01815**

---

**Herr Wels** brachte den Antrag im Namen der Fraktion Hauptsache Halle ein und verwies diesen in den Sportausschuss.

**Herr Helmich** sagte, dass das Anliegen eigentlich erledigt ist.

**Herr Sehrndt** kritisierte die Antwort der Verwaltung. Wenn die Heizung kaputt ist, muss diese umgehend repariert werden.

**Frau Dr. Marquardt** sagte, dass der Antrag ein Prüfantrag ist. Die Verwaltung hat das Anliegen geprüft und priorisiert. Das Ergebnis der Prüfung liegt vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis:**                    **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion Hauptsache Halle  
in den  
Sportausschuss

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Stadtverwaltung wird gebeten, zu prüfen, mit welchem finanziellen Aufwand und in welchem zeitlichen Rahmen für die vom Landesleistungszentrum Judo genutzte Sporthalle am Sportschulcampus ein baulicher Zustand erreicht werden kann, der es den Sportlerinnen

und Sportlern ermöglicht, die Halle ohne Beeinträchtigung zu nutzen.

**zu 9.17 Antrag der Stadträtin Beate Gellert zu baulichen und technischen Voraussetzungen für eine digitale Infrastruktur an Kindertagesstätten  
Vorlage: VII/2020/01826**

---

**Frau Gellert** brachte den Antrag ein und verwies diesen in den Jugendhilfeausschuss und in den Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

**Frau Dr. Burkert** verwies den Antrag in den Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten.

**Herr Döring** verwies den Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis: verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion Hauptsache Halle  
in den  
Jugendhilfeausschuss,  
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften;  
durch Geschäftsordnungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
in den  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung  
und  
durch Geschäftsordnungsantrag  
der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)  
in den  
Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Stadt wird beauftragt, für alle Kindertagesstätten die baulichen und technischen Voraussetzungen für eine grundlegende digitale Infrastruktur zu schaffen. Hierzu gehört ebenfalls eine stabile und mit ausreichend Bandbreite versehene Internetverbindung. Eine Möglichkeit wären hierfür die LQE-Verhandlungen, wie in einigen anderen Fällen, zu standardisieren bzw. dies als Qualitätsmerkmal mit einzubauen. Dies ist u.a. auch ein Arbeitsergebnis der AG 3 78 KJHG Kita.

**zu 9.18 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners  
Vorlage: VII/2020/01903**

---

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss:**

Frau Anne-Katrin Wielebinski scheidet als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung aus. Herr Christian Moser wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung berufen.

**zu 10            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 10.1        Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu häuslicher Gewalt und Hilfesystemen  
Vorlage: VII/2020/01814**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2        Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen und zur Gleichberechtigung in der Stadtverwaltung sowie zu Qualifizierungen  
Vorlage: VII/2020/01816**

---

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat November.

**zu 10.3        Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu öffentlichen Toiletten in Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01817**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4        Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE) zur periodischen Planung nach dem Waldgesetz für die Jahre 2009 -2019)  
Vorlage: VII/2020/01819**

---

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat November.

**zu 10.5        Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Coronaausbrüchen an Schulen in Halle**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6    Anfrage der CDU-Fraktion zur Verteilung des Amtsblattes im Stadtgebiet von Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01797**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Herr Scholtyssek** bat darum, die Standorte der Auslagen auf einer Karte zur Verfügung zu stellen.

**Frau Ernst** sicherte dies zu.

**zu 10.7    Anfrage der CDU-Fraktion zur Vermietung und Verpachtung städtischer Immobilien an Vereine, Verbände und vergleichbare Institutionen  
Vorlage: VII/2020/01805**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Herr Bönisch** sagte, dass die Formulierung in der Anfrage nicht deutlich war, man möchte für jede einzelne Geschäftsbeziehung eine Angabe haben.

**zu 10.8    Anfrage der CDU-Fraktion zur Mitgliederentwicklung der freiwilligen Feuerwehr  
Vorlage: VII/2020/01806**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.9    Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Landesinitiative „Insektenwiese“  
Vorlage: VII/2020/01798**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.10   Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zum Umgang mit dem Ergebnis der Befragung „Wie gut lässt es sich in Dörlau leben?“  
Vorlage: VII/2020/01799**

---



Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat Dezember.

**zu 10.11 Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland**  
**Vorlage: VII/2020/01800**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Herr Paulsen** ergänzte die schriftliche Antwort. Es fand eine Videokonferenz mit der Bundeskanzlerin und Vertreterinnen und Vertretern des Bündnisses Städte sicherer Hafen statt. Die Aufnahmebereitschaft der Kommunen wurde gewürdigt, die Kanzlerin sagte zu, mit den Ländern Gespräche zu führen, wie bevorzugt Geflüchtete diesen aufnahmebereiten Kommunen zugewiesen werden können. Familienzusammenführungen werden künftig in begründeten Einzelfällen durch das Bundeskanzleramt unterstützt. Die Bundesregierung wird aber an den Grundsätzen ihrer Asylpolitik festhalten. Die Bundesregierung wolle legale Aufnahmen ermöglichen, Zuweisungen jenseits der Dublin-Regularien werden kritisch gesehen.

**zu 10.12 Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Abwasserentsorgung in Planena**  
**Vorlage: VII/2020/01451**

---

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat November.

**zu 10.13 Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zum Ringdeich Planena**  
**Vorlage: VII/2020/01450**

---

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat November.

**zu 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu neuen Anforderungen bei Pflanzungen von Bäumen**  
**Vorlage: VII/2020/01822**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur angekündigten Toilettenkonzeption**  
**Vorlage: VII/2020/01823**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den EFRE-Radwegen  
Vorlage: VII/2020/01824**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Umsetzung des  
Beschlusses hinsichtlich der Einführung einer Mehrkindfamilienkarte  
Vorlage: VII/2020/01829**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN zur Umsetzung des  
Präventionskonzeptes  
Vorlage: VII/2020/01832**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.19 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu illegalem Müll am Alten Kanal in  
Neustadt  
Vorlage: VII/2020/01677**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.20 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zum Umgang der Stadt Halle (Saale) mit  
dem Reil 78  
Vorlage: VII/2020/01784**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.21 Anfrage der AfD- Stadtratsfraktion zu Auswirkungen des Konzeptes  
„Autoarme Innenstadt“ auf Besucherzahlen, Innenstadthandel,  
Gastronomie und Kultur  
Vorlage: VII/2020/01785**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.22 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Neustrukturierung der Städtebauförderung  
Vorlage: VII/2020/01830**

---

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat November.

**zu 10.23 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu gemeldeten Missständen im Wohngebiet Reideburg  
Vorlage: VII/2020/01834**

---

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat November.

**zu 10.24 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sanierung des Stadthauses  
Vorlage: VII/2020/01835**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.25 Anfrage SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu sozialverträglichen Wohnen in Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2020/01836**

---

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat November.

**zu 10.26 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur touristischen Entwicklung in Halle  
Vorlage: VII/2020/01837**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.27 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Verkehrsführungen in der Frohen Zukunft in der Dessauer Straße und im Mühlrain  
Vorlage: VII/2020/01838**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.28 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude**  
**Vorlage: VII/2020/01702**

---

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat November.

**zu 10.29 Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle zur Mülltrennung in städtischen Einrichtungen**  
**Vorlage: VII/2020/01631**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Frau Gellert** sagte, dass Theorie und Praxis nicht übereinstimmen.

**zu 10.30 Anfrage der Fraktion Freie Demokraten zu Videokonferenzsystemen**  
**Vorlage: VII/2020/01671**

---

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat November.

**zu 10.31 Anfrage der Fraktion Freie Demokraten zur Barrierefreiheit in der Kommunikation**  
**Vorlage: VII/2020/01675**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.32 Anfrage der Fraktion Freie Demokraten zu Arbeitsabläufen im Gesundheitsamt**  
**Vorlage: VII/2020/01672**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.33 Anfrage der Freien Demokraten (FDP) zu Antriebsmöglichkeiten der Abfallsammel- und Kehrfahrzeuge**  
**Vorlage: VII/2020/01833**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.34 Anfrage der Stadträte Gernot Nette und Johannes Menke zur Umsetzung der „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ (kurz „europäischen Sprachencharta) durch die Stadt Halle bei der Verwendung des Romanes in der Stadtverwaltung  
Vorlage: VII/2020/01848**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.35 Anfrage der Stadträte Johannes Menke (FREIE WÄHLER) und Gernot Nette (FREIE WÄHLER) zum Umgang des Geschäftsbereichs IV mit Nebenkostenabrechnungen durch die Abteilung existenzsichernde Leistungen  
Vorlage: VII/2020/01849**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Herr Menke** fragte nach, ob die Verwaltung auch fehlerhafte Angaben in der Nebenkostenabrechnung übernimmt.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Antwort zu.

**zu 11 Mitteilungen**

---

**zu 11.1 Mitteilung zur Änderung des Landesversammlungsgesetzes**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass dem Entwurf des Landesversammlungsgesetzes in der Form nicht zugestimmt werden kann, weil unterschiedliche Zuständigkeiten über das Landesverwaltungsamt, über die Polizeibehörde und möglicherweise dann auch über die Stadt verteilt sind. Das würde voraussetzen, dass zumindest bei der Polizei und bei der Stadt Versammlungsbehörden vorgehalten werden müssen, was wiederum dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung widerspricht. Deshalb kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Zustimmung zum Gesetzesentwurf erfolgen.

**zu 11.2 Herr Lange zur FFW Lettin**

---

**Herr Lange** fragte nach der ausstehenden Antwort zur FFW Lettin aus dem Hauptausschuss Oktober.

**Frau Ernst** sagte eine Beantwortung am nächsten Tag zu.

### zu 11.3 Herr Lange zur Bürgerinitiative Wildentenweg

---

**Herr Lange** sagte, dass er von der Bürgerinitiative Wildentenweg eine Unterschriftenliste und ein Gewächs erhalten habe, welches er Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand übergeben solle. Dies tat er.

### zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

---

#### zu 12.1 Frau Thomann zum Jagdwesen

---

**Frau Thomann** stellte folgende Fragen zum Jagdwesen:

1. In den beiden benachbarten großen Jagdbezirken GJB Halle West und EJB Dölauer Heide gibt es jeweils 7 Jagdpächter. Sind diese identisch? Wenn nicht, wie viele personelle Übereinstimmungen gibt es?
2. Für den GJB Halle West gibt es einen ungewöhnlich langfristigen Pachtvertrag bis 2040. Wann wurde dieser abgeschlossen (bitte Angabe Tag genau)? Wurde er rückwirkend abgeschlossen?
3. Wann sind die jeweils 4 zusätzlichen "Begehungsscheine" (zur Wildschweinjagd) genehmigt worden?
4. Im GJB Halle West sind insgesamt 18 Personen zur Ausübung der Jagd berechtigt. Sieht die Stadtverwaltung die Sicherheit noch gewährleistet?
5. Sieht die Stadtverwaltung bzw. die untere Jagdbehörde nach dem Beinahe-Unfall im GJB Halle West jetzt die Notwendigkeit für die Einrichtung von befriedeten Bezirken?

Die Antwort erfolgt schriftlich.

#### zu 12.2 Herr Schied zum Weg an der Nordspitze der Peißnitz

---

Herr **Schied** fragte, warum die Schäden auf dem Weg an der Nordspitze Peißnitz durch die Stadt behoben werden und Schadensersatzansprüche gegenüber der Baufirma nicht geltend gemacht werden.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass die Verwaltung nur eine abgerutschte Stelle am Ufer repariert habe. Er sagte eine Antwort für die Sitzung des Planungsausschusses zu.

#### zu 12.3 Frau Dr. Wünscher zur Maskenpflicht

---

**Frau Dr. Wünscher** fragte, ob die geltende Maskenpflicht auf dem Marktplatz durch die Präsenz von Ordnungskräften kontrolliert werden könnte.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass ständig zwei Teams auf dem Marktplatz Streife laufen und Verwarnungen aussprechen sowie Ordnungswidrigkeiten ahnden. Über die Anzahl wird täglich im Rahmen der Pressekonferenz unterrichtet. Zu neunzig Prozent wird die Maskenpflicht eingehalten.

#### **zu 12.4 Herr Bönisch zur Maskenpflicht**

---

**Herr Bönisch** fragte nach den Beweggründen, eine Maskenpflicht im Freien einzuführen. Der Virologe Prof. Kekulé hält diese für sinnfrei. Er empfahl, die Corona-Hotline insofern zu verbessern, dass der Anrufende informiert wird, wenn er sich in der Warteschleife befindet. Er berichtete in dem Fall von einer Person, die niemanden erreichen konnte. Zuletzt fragte er, ob das Attest zur Maskenbefreiung formale Kriterien aufzeigen muss.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um genaue Angabe des Tages und der Zeit, um den Fall recherchieren zu können. Gleichzeitig sagte er zu, eine Darstellung zu den Anruferzahlen und deren Verteilung aufzubereiten.

Zur Meinung von Herrn Kekulé sagte er, dass die Situation von vielen andere Fachleute anders bewertet wird. Das Tragen einer Maske stellt den geringsten Eingriff in die Freiheit der Persönlichkeit dar. Die Maskenpflicht ist angemessen. Auf Grundlage der neuen Eindämmungsverordnung des Landes wird entsprechend auch die Allgemeinverfügung der Stadt angepasst.

**Frau Brederlow** sagte zu, die formalen Kriterien eines Attests zur Maskenbefreiung aufzubereiten.

#### **zu 12.5 Herr Streckenbach zum Orgacid-Gelände**

---

**Herr Streckenbach** fragte, wie die Altlasten auf dem Orgacid-Gelände beseitigt werden sollen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass ihm die Frage in der gestrigen Arbeitsberatung des Wirtschaftsausschusses bereits beantwortet wurde.

#### **zu 12.6 Herr Nette zur Beschlussvorlage Versammlungen auf dem Marktplatz**

---

**Herr Nette** fragte zur Beschlussvorlage „Versammlungen auf dem Marktplatz“, mit welchen Kosten gerechnet wird. Eine schriftliche Antwort habe er nicht erhalten.

**Frau Ernst** sagte, dass Herr Prof. Dr. Kluth die Frage beantwortet hat. Dies kann im Protokoll nachgelesen werden, der Tagesordnungspunkt ist als Wortprotokoll niedergeschrieben.

#### **zu 12.7 Herr Schaaf zum Parkhaus am MMZ**

---

**Herr Schaaf** fragte zur Anbindung des Parkhauses am MMZ, ob ein Teil der Mansfelder Straße vorübergehend aus Richtung der Klausbrücke freigegeben werden kann, da die Baustellen im Stadtgebiet den Verkehr und den Weg zum MMZ-Parkhaus erschweren.

Frau Ernst sagte eine Prüfung zu.

---

#### **zu 12.8 Herr Aldag zum Weg an der Nordspitze der Peißnitz**

---

**Herr Aldag** bat um Bewertung der Aussage, dass der Weg an der Nordspitze Peißnitz nicht DIN-gerecht gebaut wird.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass ein minimal invasiver Eingriff erfolgt und nicht bis auf einen halben Meter ausgeschachtet wird, sondern nur die oberste Deckschicht entfernt wird. Das wurde in allen Gesprächen, Sitzungen, Vorlagen so abgestimmt. Den Vorwurf, dass fachlich falsch gebaut wird, wies er zurück.

---

#### **zu 12.9 Herr Heym zur Allgemeinverfügung**

---

**Herr Heym** bezog sich auf den Inzidenzwert und fragte, ob eine Doppelzählung ausgeschlossen werden kann, warum die Abweichung zum RKI so hoch ist und ob in der täglichen Pressekonferenz darauf eingegangen werden kann, um das Vertrauen der Bevölkerung nicht zu verlieren.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass diese Frage in den Pressekonferenzen bereits sechs Mal beantwortet wurde. Die Diskrepanz zum RKI resultiert aus den langen Meldewegen. Das RKI ist in der Regel zwei bis drei Tage zurück. Die aktuellen Zahlen gibt die Verwaltung täglich in der Pressekonferenz um 13 Uhr bekannt. Auf dieser Grundlage erfolgen die nötigen Maßnahmen.

---

#### **zu 12.10 Frau Gellert zur Durchführung von Sitzungen**

---

**Frau Gellert** fragte, ob aufgrund der langen Sitzungszeiten die Redezeiten beschränkt werden könnten. Weiterhin, ob eine weitere Pause eingeführt werden kann, wenn eine lange Sitzung mit dem Tragen einer Maske verbunden ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse die Redezeit vorgibt, in dem Falle müsste es eine Änderung geben. Der Hinweis zu Pausen werde als Anregung aufgenommen.

---

#### **zu 12.11 Frau Jacobi zu Markierungen**

---



**Frau Jacobi** begrüßte die schnelle Baumaßnahme zwischen Marktplatz und Altem Markt. Sie fragte, wann die gelben Fußabdrücke auf den Gehwegen entfernt werden.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Prüfung zu.

## zu 12.12 Frau Dr. Schöps zu Projekten der Kohlekommission

---

**Frau Dr. Schöps** bezog sich auf Projekte der Kohlekommission und fragte:

1. Wurden in der Stadt Halle zu diesem Themenfeld aktive Gruppen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion in die Entwicklung der Projektideen im Vorfeld einbezogen? Wenn ja, wann, mit wem und in welchem Rahmen wurden dazu Gespräche geführt? Welche der Ideenvorschläge aus diesem Kreis wurden bei der Projektvorbereitung berücksichtigt?

2. Sind bei der weiteren Gestaltung von Projekten, wie zum Beispiel der Entwicklung des RAW Geländes im Vorfeld Bürgerbeteiligungsformate angedacht? Und wenn ja, in welcher Weise?

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass im Vorfeld keine Beteiligung stattfand. Die Kommission hat Vorschläge unterbreitet, um das Verfahren ordnungsgemäß einzuleiten und einen möglichst breiten Konsens herbeizuführen für die Personenkreise, die wesentlich sind für die Weiterentwicklung. Das heißt die Hochschulen, große Unternehmen sowie der Saalekreis und die Stadt Halle (Saale). Nun sei zunächst eine schnelle sachliche Grundsatzentscheidung nötig, um in die Antragstellung zu gehen. Man verständigte sich über sogenannte Leuchtturmprojekte.

Zur zweiten Frage sagte er, dass eine Beteiligung stattfinden wird.

## zu 13 Anregungen

---

### zu 13.1 Anregung der CDU-Fraktion zur Wiederinbetriebnahme / Wiedererrichtung der Sirenen im Stadtgebiet Vorlage: VII/2020/01801

---

Die **CDU-Fraktion** regt an zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Wiederinbetriebnahme / Wiedererrichtung der Sirenen auf den Grundstücken / Gebäuden der Berufsfeuerwehr- und den freiwilligen Feuerwehren sowie gegebenenfalls weiteren Standorten im Stadtgebiet möglich ist.

Der Prüfung unterzogen werden sollen neben den technischen Umsetzungsmöglichkeiten auch die zu erwartenden Kosten. Bezüglich der Deckung der entstehenden Kosten, sollen auch etwaige Finanzierungsmöglichkeiten in die Betrachtung einfließen.

### zu 13.2 Anregung der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erschließung weiterer Trauungsorte Vorlage: VII/2020/01831

---

Viele Kommunen ermöglichen mittlerweile standesamtliche Eheschließungen an außergewöhnlichen Orten, in einem besonderen Ambiente. So können sich Hochzeitspaare

beispielsweise in Dortmund, Köln, Dresden und Chemnitz im Stadion des ansässigen Fußballclubs das Ja-Wort geben.

Die Saalestadt bietet Heiratswilligen derzeit das Stadthaus, den Ratshof, das Händelhaus, die Moritzburg sowie die Hausmannstürme als Orte für Eheschließungen an.

Um die Attraktivität der Stadt Halle (Saale) als Heiratsstandort weiter zu erhöhen, regt die **Fraktion MitBürger & Die PARTEI** an, folgende Außenstandorte für Trauungen zu erschließen und in das Portfolio des Standesamtes aufzunehmen:

- ERDGAS Sportpark
- Planetarium
- Bergzoo Halle
- MS Händel II
- Oberburg Giebichenstein

### **zu 13.3 Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Aufstellung von haptischen Reliefs im innerstädtischen Raum** **Vorlage: VII/2020/01840**

---

In verschiedenen Städten gibt es bereits haptische Reliefs aus Bronze. Diese stellen wichtige Sehenswürdigkeiten (einzeln aber auch im Ensemble) der Stadt dar. Diese Reliefs ermöglichen die nähere Betrachtung von Sehenswürdigkeiten und helfen TouristInnen bei der Orientierung. Weiterhin besteht die Möglichkeit durch die Anbringung geeigneter Beschilderung in Brailleschrift diese Sehenswürdigkeiten auch für blinde Menschen greifbarer zu machen.

Vor diesem Hintergrund regt die **SPD-Fraktion Halle (Saale)** an in Absprache mit dem Stadtmarketing und möglicherweise auch der Kunsthochschule Burg Giebichenstein zu prüfen inwieweit die Aufstellung solcher Reliefs sinnvoll und möglich wäre.

### **zu 13.4 Anregung der SPD-Fraktion zur Baustellenführung in der Ludwig-Wucherer-Straße** **Vorlage: VII/2020/01841**

---

Seit einiger Zeit befindet sich ungefähr auf Höhe der Haltestelle Willy-Lohmann-Straße in Richtung Reileck eine Baustelle. Hier wird eine Wohnbebauung auf der Fläche eines ehemaligen Parkplatzes errichtet. Die Verkehrsführung für FußgängerInnen macht es nötig, dass diese einen Umweg über die Haltestelle nehmen müssen.

Vor diesem Hintergrund regt die **SPD-Fraktion Halle (Saale)** an zu prüfen, ob die Verkehrsführung während dieser Baustellenphase freundlicher für FußgängerInnen gestaltet werden kann.

### **zu 13.5 Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Erweiterung der**

**Vorschlagsliste zur Namensvergabe**  
**Vorlage: VII/2020/01842**

---

Im September hat der Stadtrat die Verfahrensweise der Stadt Halle (Saale) bzgl. der Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke beschlossen. Verbunden mit der Namensvergabe ist eine Vorschlagsliste von Personennamen für Straßenbenennungen. Diese wird fortlaufend fortgeführt. Im Laufe der Diskussion um die Richtlinie hat die **SPD-Fraktion Halle (Saale)** wieder einmal festgestellt, dass diese Vorschlagsliste nicht besonders divers ist.

Vor diesem Hintergrund regt die **SPD-Fraktion Halle (Saale)** folgende Dinge an:

1. Die Ergänzung der Liste um den Namen Anton Wilhelm Amo unter Einbeziehung der zuständigen Kommission der Martin-Luther-Universität.
2. Die Erweiterung der Liste um geeignete weibliche Namen unter Einbeziehung der hier aktiven Initiativen (z.B. Dornrosa, Frauenpolitischer Runder Tisch ect.).

**zu 13.6 Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zu Sensoren in den Bussen und Bahnen der HAVAG**  
**Vorlage: VII/2020/01845**

---

Die Corona-Pandemie hat vielerorts zu Umdenken geführt. Auch die HAVAG hat zwischenzeitlich ihren Betriebsablauf umgestellt. Ab einer bestimmten Infektionsstufe öffnen die Straßenbahn selbstständig ihre Türen. So soll das Infektionsrisiko gesenkt werden. In einigen Städten wird darüber hinaus bereits über die Einrichtung von Sensoren in Verbindung mit einer APP nachgedacht. Diese soll dann anzeigen wie voll eine Straßenbahn ist, bevor diese in die Haltestelle einfährt.

Vor diesem Hintergrund regt die **SPD-Fraktion Halle (Saale)** an zu prüfen, ob und wie diese Sensoren für die HAVAG nutzbar wären.

**zu 13.7 Anregung der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur Wiedereinrichtung von Sirenen**  
**Vorlage: VII/2020/01846**

---

In der Diskussion um die Auswertung des bundesweiten Warntags vom 10.9.2020 gab es vermehrt Irritationen seitens der BürgerInnen darüber, dass es in der Stadt Halle (Saale) keine Sirenen mehr gäbe. Besonders in Bezug auf einen nächtlichen Notfall scheint die Warnung über die Nutzung von Handy-Apps nicht ausreichend zu sein. Viele Menschen haben nachts ihr Handy aus oder in den Flugmodus gestellt.

Vor diesem Hintergrund regt die **SPD-Fraktion Halle (Saale)** an zu prüfen, an welchen Stellen und in welcher Form die Wiedereinrichtung von Sirenen im Stadtgebiet sinnvoll wäre.

**zu 13.8 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert zur Verlegung Hundewiese auf**

**der Peißnitz**  
**Vorlage: VII/2020/01839**

---

Im Hauptausschuss vom 23.9.2020 teilte die Stadtverwaltung reagierend auf die Anfrage zu Hundewiesen auf der Peißnitz mit, dass zwar eine Einzäunung aufgrund der Lage im Überflutungsgebiet nicht möglich wäre, jedoch eine Beschilderung geprüft werde.

Darauf bezugnehmend, regt **Frau Dr. Burkert** an zu prüfen, ob in der näheren Umgebung der Ziegelwiese Orte zu finden sind, auf die die Hundewiese verlegt werden könnte, die zum einem weniger Durchgangsverkehr aufweisen und zum anderen möglicherweise nicht auf der Überflutungsfläche lokalisiert sind.

**zu 13.9 Anregung des Stadtrates Kay Senius SPD-Fraktion zur Ertüchtigung und Ausweitung von Seniorenwegen**  
**Vorlage: VII/2020/01843**

---

Die Stadt Halle (Saale) hat mit den Seniorenwegen in der Heide und den Generationenspielplatz im Pestalozzipark zwei gute Angebote für Senioren auf städtischem Gebiet. Die Anzahl der aktiven Senioren in der Stadt Halle (Saale) wird vermutlich in den nächsten Jahren stetig wachsen.

Vor diesem Hintergrund regt **Herr Senius** an, dass die Stadtverwaltung prüft, inwieweit weitere gekennzeichnete Wege markiert und gegebenenfalls auch aufgewertet werden können.

Als positives Beispiel kann man die Kommune Levico Terme in Norditalien nennen. Hier gibt es am Ufer eines Sees einen kleinen Pfad, auf dem mehrsprachige Tafeln (Siehe Abbildung im Anhang) angebracht sind. Auf diesen Tafeln finden sich Übungen zur Stärkung der Kognition, der Stressresistenz aber auch leichte körperliche Übungen. Die Tafeln wurden gemeinsam mit der dortigen Alzheimer Stiftung konzipiert.

**zu 13.10 Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zur besseren Ausschilderung vorhandener Ausweichparkplätze am Freizeitbad Maya mare und zur Erhöhung der Sicherheit am Parkhaus**  
**Vorlage: VII/2020/01812**

---

Das Freizeitbad Maya Mare GmbH & Co. KG in Beesen gehört zur Stadtwerke Halle GmbH. Es verfügt über ein eigenes Parkhaus, welches aufgrund der begrenzten Kapazitäten jedoch häufig vollständig belegt ist. Badegäste müssen stattdessen auf andere Parkplätze ausweichen. Ein Ausweichparkplatz wurde an der Straßenbahnhaltestelle Beesen (Guldenstraße) eingerichtet, der sich ca. 400m vom Freizeitbad entfernt befindet und aktuell kaum genutzt wird. Stattdessen werden die Anliegerstraßen wie Malderitzstraße und Georgi-Dimitroff-Straße, wo größtenteils Parkverbot herrscht, von den Gästen genutzt. Die gelegentliche Bestreifung durch das Ordnungsamt hat nahezu keinen Effekt. Zu Spitzenzeiten werden die PKW auch im Bereich des Landschaftsschutzgebiets Elsteraue abgestellt.

Die **Fraktion Hauptsache Halle** regt daher an, dass die Stadtverwaltung auf die Maya Mare GmbH & Co. KG bzw. die Stadtwerke Halle GmbH einwirkt, um mittels zusätzlicher Hinweisschilder den vorhandenen Ausweichparkplatz an der Straßenbahnhaltestelle Beesen (Guldenstraße) anzuzeigen. Darüber hinaus wäre die Schaffung weiterer Parkplätze, z.B. im Bereich Hohes Ufer, zu prüfen. Zur Erhöhung der Sicherheit der Fußgänger, die die Ein- und Ausfahrt des Parkhauses passieren, wäre zudem die Installation von Schildern sinnvoll, die die motorisierten Verkehrsteilnehmer auf Passanten aufmerksam machen.

**zu 13.11 Anregung des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zu  
Katastrophen-Warnungen auf digitalen Anzeigetafeln  
Vorlage: VII/2020/01857**

---

Die Auswertungen des bundesweiten Warntages am 10. September 2020 und des Terroranschlags in Halle am 9.10.2019 haben gezeigt, dass noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, um die halesche Bevölkerung effektiv und zeitnah vor Gefahren zu warnen.

**Herr Bernstiel** regt daher an, dass sich die Stadtverwaltung mit allen Betreibern von digitalen Werbetafeln (z.B. Hallcube in der Volkmannstraße; BWG in Neustadt) in Verbindung setzt, um die Spezifikationen für eine Notfallmeldung abzufragen.

Im Fall einer Katastrophe könnten die relevanten Informationen schnell in die entsprechenden Vorlagen eingetragen und an die jeweiligen Betreiber geschickt werden.

Zahlreiche Menschen in unserer Stadt und deren Besucher könnten dann ohne weitere Hilfsmittel (Radio, Handy etc.) die Warnmeldung sehen, wenn sie die zahlreichen Displays im Stadtgebiet passieren.

**zu 13.12 Anregung der AfD-Stadtratsfraktion zur Ausschilderung der  
Verkehrsführung an der Kreuzung Mansfelder Straße/ Sandanger  
Vorlage: VII/2020/01873**

---

Wer auf der Mansfelder Straße in Richtung Rennbahnkreuz unterwegs ist, trifft zwangsläufig kurz hinter der Kreuzung Mansfelder Straße/ Sandanger auf das Problem, nicht weiter auf der Straße fahren zu können, weil diese in das geschotterte Gleisbett der Straßenbahn mündet. Immer wieder führen mangelnde Ortskunde oder Unaufmerksamkeit von Autofahrern an dieser Stelle dazu, dass diese ins Gleisbett fahren und oftmals mühsam geborgen werden müssen. Dies führt zu Störungen der Straßenbahnverbindung in/aus Richtung Neustadt, Kröllwitz/ Heide- Süd und zu Unverständnis bei den unwissenden Autofahrern. Diese Gefahrenstelle ist zwar durch ein Hinweisschild an der vorweg genannten Kreuzung gekennzeichnet, allerdings ist dieses so verdreht, dass es missverständlich wirken kann. Es ist auch auf Grund der Form leicht für den passierenden Verkehr zu übersehen. Besonders groß ist die Gefahr in der Nacht bzw. bei Dunkelheit.

Zuletzt gerieten am 16. und am 19.11.2020 zwei Autos an dieser Stelle ins Gleisbett und mussten geborgen werden.

Die **AFD-Fraktion** regt daher an, dass an dieser Stelle eine bessere Ausschilderung vorgenommen wird. Möglicherweise könnte auch eine Vorabwarnung durch große Schilder

helfen.

**zu 13.13 Anregung der AfD- Stadtratsfraktion - Abschaffung der Umweltzone zur Entlastung der Bürger und Unternehmen**  
**Vorlage: VII/2020/01891**

---

Die Verwaltung prüft, ob die Voraussetzungen gegeben sind, um die in der Stadt Halle (Saale) am 1. September 2011 eingeführte Umweltzone abzuschaffen. Schon aus einer Stadtratsanfrage von 2015 ging hervor, dass die Verwaltung damit rechnete, dass diese Regelung lediglich einen einstelligen Prozentsatz der Autofahrer betrifft. Wenn man bedenkt, dass seitdem wiederum 5 Jahre vergangen sind und seit der Einführung sogar fast 10 Jahre, sollte man davon ausgehen können, dass die große Masse der Fahrzeugflotte mittlerweile die Auflagen erfüllt, um die Umweltzone befahren zu dürfen. Ausnahme bilden Oldtimer und landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge, die ja ohnehin aufgrund des Ausnahmetatbestandes von Einschränkungen ausgenommen sind.

Fakt ist, dass sich die Feinstaubbelastung in Halle trotz zurückgegangenen Verkehrs in der Corona- Krise nicht deutlich verändert hat, ein Zusammenhang mit dem Fahrzeugverkehr also deutlich geringer ist als bislang unterstellt.

Somit ist erwiesen, dass die Einführung der Umweltzone für das Erreichen des Zieles, Verminderung der Feinstaubbelastung, ungeeignet ist. Die Ressourcen, die hier aufgewendet werden, können anderweitig sinnvoller eingesetzt werden. Außerdem leistet die Abschaffung einen Beitrag zur Entbürokratisierung und entlastet die Verwaltung sowie Handwerker, Gastronomen und die Unternehmen, die aufgrund der Corona-Krise bereits mit erheblichen finanziellen Belastungen zu kämpfen haben.

**zu 13.14 Herr Senius zu Abbiegeassistenten**

---

**Herr Senius** regt an, zu prüfen, ob in den kommunalen Beteiligungen freiwillig die Nachrüstung von LKWs mit Abbiegeassistenten bis Ende 2021 erfolgen kann. Bei Neuanschaffungen erhalten die LKWs sofort einen Abbiegeassistenten.

**zu 13.15 Herr Raue zu Anfragen**

---

**Herr Raue** regt bezüglich der Antworten auf schriftliche Anfragen an, dass diese sachgerecht und nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet werden. Er bezog sich beispielsweise auf den Tagesordnungspunkt 10.20.

**Frau Ernst** sagte, die Antwort ist vollständig erfolgt.

**zu 13.16 Herr Aldag zur Fassadenbegrünung**

---

**Herr Aldag** regt an, mit der Schulleitung des Lyonel-Feininger-Gymnasium zu prüfen, ob die große Brandwand für eine Fassadenbegrünung geeignet ist, den Eigentümer auswendig zu machen und eine Umsetzung zu prüfen.

**zu 14 Anträge auf Akteneinsicht**

---

**zu 14.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Akteneinsicht in  
Verwaltungsunterlagen zu den Fluthilfprojekten Nr. 190 und 262**

---

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 14.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) auf Akteneinsicht  
in Verwaltungsunterlagen und Verträge zur Fluthilfemaßnahme Nr. 190,  
Peißnitz Nordspitze**

---

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 14.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) auf Akteneinsicht  
in Verwaltungsunterlagen und Verträge zur Fluthilfemaßnahme Nr. 262,  
Rabeninsel**

---

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 14.4 Anträge der AfD-Stadtratsfraktion Halle auf Akteneinsichten**

---

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

**Frau Müller** beendetet die öffentliche Sitzung des Stadtrates und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Katja Müller  
Vorsitzende des Stadtrates

---

Maik Stehle  
Protokollführer